

Betriebsräte-Zeitschrift

für Funktionäre der Metallindustrie

Eine eigene Wirtschaftsschule des DMV

Rob. Dißmann

Ein langgehegter Wunsch wird nun erfüllt. Am 14. März ds. Js. wird die Wirtschaftsschule unseres Verbandes eröffnet und am folgenden Tage beginnt der erste Kursus für die Kollegen aus der Schwereisenindustrie. Es war im Spätherbst 1921, als wir mit der Abhaltung von Bildungskursen begannen. Täglich mehr stellte sich die Notwendigkeit heraus, daß in planmäßiger Arbeit versucht werden müsse, die Betriebsräte und Funktionäre des Verbandes in ihren Arbeiten und Aufgaben zu unterstützen, ihre geistige Entwicklung und damit ihr Wissen und Können zu fördern. Nie haben wir daran gedacht, mit Hilfe von Lehrgängen, Kursen, vermittelnder Literatur usw. aus dem einzelnen Menschen nun etwa ein hochgelehrtes Haupt oder gar ein Universalgenie zu machen. Wir wollen den Kollegen Anregungen geben, ihren Wissensdrang und ihre Freude an geistiger Arbeit beleben, die Kollegen vertraut machen mit der Technik des Lernens und einem methodischen Studium und Schaffen, die Lernenden einführen in die verschiedenen Gebiete der Wirtschaft und Technik, des Arbeitsrechts u. a.

So gingen wir vor 4 $\frac{1}{2}$ Jahren an die Abhaltung von Bildungskursen heran, von Bezirk zu Bezirk versuchend, vorwärts zu kommen. Unsere Arbeit wurde durch die Inflationsjahre erschwert. Wir erkannten jedoch, daß neben diesen ungünstigen Einflüssen noch insbesondere zwei Umstände hemmend wirkten, und zwar:

1. Die Abhaltung von Bildungskursen im „Umherziehen“, die manche Schwierigkeiten in der Unterbringung und Verpflegung der Hörer sowie in der technischen Durchführung der Kurse brachte.
2. Die bei den Bezirkskursen erfolgte Zusammenfassung der Hörer aus allen Industriezweigen der Eisen- und Metallindustrie.

Das führte innerhalb des Verbandes zu der Erkenntnis — siehe auch den Beschluß der Konferenz unseres Reichsbeirats der Betriebsräte und der Konzernvertreter im Dezember 1924 —, daß in absehbarer Zeit ein eigenes Bildungsinstitut in Form eines Internats geschaffen werden müsse. Zu diesem Zweck hat nun der DMV das Kurhaus in Bad Dürrenberg (eine Station von Corbetha, Eisenbahnlinie Leipzig) käuflich erworben, renoviert und zweckentsprechend ausgestaltet. Im Parterre des Hauses befinden sich zwei Unterrichtsräume, Speisesaal, Bibliothek und Gesellschaftszimmer; im 1. und 2. Stock 40 Zimmer, die über 80 Kursteilnehmern Unterkunft gewähren. Billard, Regelpbahn usw. bieten den Hörern nach angestrengter geistiger Arbeit die Möglichkeit einer anderen „Betätigung“, ein schöner Garten ladet zur Erholung ein. Die Kur- und Parkanlagen liegen in der Nähe.

Das Internat gibt den Kursteilnehmern freie Unterkunft und Verpflegung, dem Verband und der Schulleitung aber auch die Möglichkeit, die Wirtschaftsschule den Bedürfnissen und Aufgaben unserer Organisation anzupassen und die inneren Einrichtungen so zu gestalten, wie es die einzelnen Lehrgänge erfordern. Ein sehr wichtiger Faktor ist der für uns günstige Umstand, daß wir nunmehr in der Lage sind, jeweils Betriebsräte und Funktionäre eines bestimmten Industriezweiges zu einem Kursus zu vereinen. Das ermöglicht nicht nur den Lehrern, anzuknüpfen an bestimmte Erfahrungen, Beobachtungen usw., die allen Kursteilnehmern dieses Industriezweiges mehr oder weniger eigen sind, sondern es gibt auch gleichzeitig die Möglichkeit, den Lehrplan (Lehrstoff usw.) den besonderen Verhältnissen des einzelnen Industriezweiges mit anzupassen. Das ist heute dringend notwendig.

Wir befinden uns inmitten wirtschaftlicher Umwälzungen, von denen kein Wirtschaftszweig verschont bleibt. Und insbesondere sind es die einzelnen Zweige der Eisen- und Metallindustrie, in denen sich in diesen Jahren ganz erhebliche betriebsorganisatorische, technische und andere Umstellungen vollziehen. In diesem Stadium treten an unsere Betriebsräte und Funktionäre immer wieder neue Fragen und Probleme heran. Der Verband hat die Pflicht, das seinige zu tun, um den Kollegen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Dazu sollen auch die Kurse unserer Wirtschaftsschule dienen. Dort werden jeweils rund 50 Funktionäre aus einem bestimmten Industriezweig in einem Kursus erfaßt, dessen Dauer zunächst auf drei Wochen bemessen ist. Wir beginnen mit der Schweißeisenindustrie, ihr folgen die Elektrizitätswerte, der Automobilbau, die See- und Flußschiffswerften, dann andere Industriegruppen. Bleiben wir mal bei der ersten Gruppe. Kommen die Kollegen aus der Schweißeisenindustrie des Ruhr- und Saargebietes, vom Rhein- und Siegerland, von Aachen, Weßlar, Peine, Bremen, Stettin, Sachsen, Oberschlesien, Bayern usw. zum Kursus zusammen, so haben sie Gelegenheit, während ihres Aufenthaltes in Bad Dürrenberg ihre gegenseitigen Erfahrungen auszutauschen. Die Schulleitung aber hat eine gewisse Basis, von der sie bei ihrem Unterricht ausgehen kann. Von der Schweißeisenindustrie sind die Hörer dann einzuführen in die Zusammenhänge des gesamten Wirtschaftslebens. Und kommen wir zur technischen Betriebslehre, so ist ganz natürlich, daß wir unter Zuziehung von tüchtigen Gastlehrern (vornehmlich praktisch tätige Ingenieure, die in diesem Industriezweig zu Hause sind) wesentlich Besseres, Instruktiveres und mehr bieten können, wie das bei einem Kursus möglich, der die verschiedensten Wirtschafts- und Industriezweige umfaßt. Wird mit den vier obengenannten Industriezweigen begonnen, so werden wir unter Beachtung gemachter Erfahrungen die weiteren Kurse ausgestalten können, um heranzutreten an die verschiedensten Zweige des umfassenden Maschinen-, Apparate-, Instrumenten- und Werkzeugbaues, Elektroindustrie, Gießereien, Eisenkonstruktionen, Nähmaschinen, Fahrradbau, Fahrzeugen, Optik, Mechanik usw.

Doch mit diesen vorerst geplanten Kursen sind die Aufgaben der Schule keineswegs erschöpft. Dringend notwendig sind auch besondere Kurse für die Verbandsangestellten: A. im Außendienst, B. im Innendienst. Und keinesfalls wollen wir die Kursteilnehmer nach ihrer Rückkehr zum Heimatsort aus dem Auge verlieren. Ein bestimmter Fernunterricht müßte bleiben. Be-

steht doch eine der wichtigsten Aufgaben der Schule mit darin, die Kursus-
teilnehmer dahin zu bringen, nach Abschluß des Kursus systematisch weiter-
zuarbeiten an ihrer persönlichen, geistigen Fortentwicklung, gleichzeitig das
Erlernte in den Dienst der Gesamtbewegung stellend. Wir erwägen ferner,
für besonders fähige und begabte Kollegen eventuell später besondere Kurse
abzuhalten. Die Arbeiterbewegung braucht tüchtige Kräfte. Unsere Wirt-
schaftsschule stellt sich nicht zur Aufgabe, Kollegen zu „erziehen“, die nach ihrer
Teilnahme an einem oder mehreren Lehrgängen sich nun etwa als Anwärter
auf eine „höhere Stellung“ fühlen oder sich nun als über den einfachen und
gewöhnlichen Arbeiten stehend betrachten. Soweit unserer Wirtschaftsschule
die Aufgabe menschlicher Erziehung mit zufällt, soll sie in erster Linie persön-
licher Bescheidenheit und Achtung vor jedem Arbeitskameraden gelten. Und
darin fühlen wir uns eins mit den Kollegen im Lande.

Geht der Deutsche Metallarbeiter-Verband als erste Gewerkschaftsorgani-
sation an eine eigene Wirtschaftsschule heran, so geschieht es, um den an uns
gestellten mannigfachen Aufgaben gerecht zu werden. Wir wollen uns nicht
treiben lassen von den Geschehnissen und Umwälzungen unserer Zeit, sondern
aktiv und wirksam mit eingreifen im Interesse der Arbeiterklasse. Als freie
Gewerkschafter und Sozialisten wissen wir, daß die Tagesarbeit wie unser
Streben nach einer Umgestaltung der Wirtschaft nicht nur den organi-
satorischen Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter bedingt, sondern
auch das notwendige geistige Rüstzeug verlangt. Dem soll auch unsere Wirt-
schaftsschule dienen.



Reichsgarantie für Ausfuhrgeschäfte nach Sowjetrußland

Tony Sender

Als vor kurzem der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Sowjet-
rußland abgeschlossen wurde, haben sich zugleich deutsche Banken zu einem
Kredit von 75 Millionen zur Finanzierung des russischen Geschäfts bereit
erklärt. War es doch schon immer, auch in der Vorkriegszeit, beim russischen
Geschäft notwendig, recht lange Ziele einzuräumen, und es scheint, daß auch
die staatliche Außenhandelsstelle des neuen Rußland ziemlich erhebliche
Zahlungstermine im Handelsverkehr beansprucht. Nun wird dies ja ver-
ständlich, wenn man bedenkt, daß das neue Rußland bei seinen Bestellungen
im Ausland in erster Linie an solche Aufträge denken muß, die erst die Ein-
richtung industrieller Anlagen ermöglichen und die daher einen Ertrag erst
nach längerer Zeit liefern können. Allerdings ist der Fall dadurch ganz eigen-
artig gelagert, als dem Lieferanten gegenüber formell die staatliche Außen-
handelsstelle als Abnehmer resp. Besteller auftritt, während nicht in allen
Fällen es sich bei den Neuanlagen um Betriebsstätten der staatlichen Mono-
pole handelt. Bestehen doch bei der eigenartigen Wirtschaftsstruktur des
neuen russischen Staates auch vom Staate unabhängige Wirtschaftsorgane,
für deren Verbindlichkeiten der Staat nicht ohne weiteres haftet, wie Trusts,
Genossenschaftsunternehmen, eine Art gemischt-wirtschaftlicher Betriebe neben
einigen rein privaten Unternehmen. Will man indessen mit diesem großen,

zukunftsreichen russischen Wirtschaftsgebiet ins Geschäft kommen, so muß man bereit sein, die Abschlüsse mit der russischen Außenhandelsstelle zu tätigen. Und man darf wohl als das Ergebnis der letzten Entwicklung feststellen, daß die Kapitalisten der verschiedenen Länder nunmehr ihre Stellung gegenüber Rußland dahin einnehmen, daß sie sehr bemüht sind, auf irgend eine Art mit dem Sowjetstaat ins Geschäft zu kommen. Denn wo Aussicht auf geschäftliche Erfolge winkt, hört schließlich bei dem Durchschnittskapitalisten jede politische Gesinnung auf.

Nun hat für die deutsche Wirtschaft das russische Geschäft eine ganz besondere Bedeutung. Sind doch die beiden Volkswirtschaften schon geographisch, aber auch ihrer ganzen übrigen Struktur nach naturnotwendig aufeinander angewiesen, sind dazu bestimmt, einander aufs vortrefflichste zu ergänzen. Rußland mit seinen reichen Bodenschätzen, seinem ungeheuer ausgedehnten Gebiet mit noch viel unerschöpften, vielleicht auch noch unerkannten Reichtümern, seiner relativen industriellen Rückständigkeit auf der einen Seite — Deutschland mit seinem Rohstoffmangel, seiner hochentwickeltesten industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung auf der andern. Aber gerade in der augenblicklichen Lage Deutschlands tritt ein weiteres Moment hinzu. Deutschland befindet sich in einer außerordentlich schweren Wirtschaftskrise, die vielleicht ihren tiefsten Punkt erreicht hat, die aber aller Voraussicht nach noch von erheblicher Dauer sein wird. Millionen Arbeitsloser müssen, wenn auch noch so unzureichend, unterstützt werden. Neben den an dieser Stelle nicht zu erörternden Maßnahmen zur Behebung der Krise ist von großer Wichtigkeit, daß auch eine Belebung des Exportgeschäftes eintritt. Daß zur Erreichung dieses Zieles die deutsche Handelspolitik der letzten Monate besonders geschickt gewesen sei, soll nun keineswegs behauptet werden. Aber gerade bei dem Geschäft mit Rußland steht der Belebung unseres Exports das eingangs erwähnte Hindernis der langen, von dort verlangten Zahlungsziele entgegen. Die deutschen Betriebe sind ja gerade durch den starken Mangel an Betriebsmitteln in Schwierigkeiten geraten. Ohne ausreichende eigene Betriebsmittel oder die Zurverfügungstellung des erforderlichen Kredits aber kann das russische Geschäft nicht getätigt werden. Würde aus diesem Grunde Deutschland ausgeschaltet, so bedeutete dies ein Zurückdrängen Deutschlands vom russischen Markt, andere Staaten würden den Bedarf decken und einen erheblichen Vorsprung vor Deutschland gewinnen.

Es ist darum volkswirtschaftlich richtig gedacht, wenn die deutsche Reichsregierung die Initiative ergriff, um der Belebung des russischen Exports zu dienen. Besser und den Arbeitern und Angestellten tausendmal willkommener als die Zahlung der Unterstützung ist die Beschäftigung der Erwerbslosen. Immer schon haben wir die produktive Erwerbslosenfürsorge aller anderen Hilfe vorangestellt. Wendet sie sich diesmal dem Außenhandel zu, so ist dies um so notwendiger, wenn man berücksichtigt, daß der deutsche Anteil am Welthandel seit der Zeit vor dem Kriege von 12,1 Prozent im Jahre 1924 auf 6,5 Prozent und im Jahre 1925 auf 7,1 Prozent zurückgegangen ist.

Die Richtigkeit unserer obigen Bemerkung, daß Deutschlands und Rußlands Volkswirtschaft einander zu ergänzen bestimmt sind, wird aber anderseits bestätigt durch den starken Anteil, den Deutschland an der Gesamteinfuhr nach Rußland hatte. Dieser war von 34,8 Prozent im Jahre 1902 auf

47,5 Prozent im Jahre 1913 angestiegen, betrug also damals bereits nahezu die Hälfte des gesamten Imports nach Rußland überhaupt, ist allerdings im Jahre 1924 wieder auf 21,1 Prozent gesunken gewesen und droht weiter zurückzugehen, wenn man die Dinge einfach laufen läßt. Denn inzwischen ist Deutschland von England und Amerika überholt worden.

Nun sind von der russischen Regierung eine Reihe von Anträgen auf weitausschauende Lieferungen in Aussicht gestellt worden. Sie sollen der Ausrüstung wichtiger russischer industrieller Unternehmungen, vor allem auf dem Gebiet der Naphthaindustrie, der Bergwerke, der metallverarbeitenden Industrie und der Papierindustrie dienen. Von Bedeutung ist bei diesen ersten Bestellungen, daß sie notwendigerweise bei Bewährung Nachbestellungen nach sich ziehen dürften, da man zunächst zweckmäßig nicht mehrere Systeme im gleichen Unternehmen einführt, außerdem Lieferung von Ersatzteilen usw. dann auch laufend in Frage kommen dürfte. Ganz abgesehen davon, daß die Industrialisierung Rußlands dieses auch zu einem Abnehmer für eine Reihe weiterer deutscher Waren machen wird. Es handelt sich dabei um Lieferungen, die einen Gesamtwert von etwa 300 Millionen Mark haben dürften.

Bei rascher lieferbaren Waren, wie Textilmaschinen, Lastautomobilen usw., dürfte ein kurzfristiger Kredit — natürlich nicht nach westeuropäischen Begriffen! — von zwei Jahren nach Ablieferung in Betracht kommen, während die andere Hälfte, bei der es sich in erster Linie um die Erstellung maschineller Anlagen und um große Fabrikausrüstungen handeln dürfte, eines längeren Kredits von drei bis vier Jahren bedarf. Um dieses Geschäft für Deutschland hereinholen zu können, ist an eine gewisse Hilfestellung des Reiches gedacht. Nicht etwa an eine direkte Hingabe des Kredits, sondern nur an die Beteiligung des Reiches an dem Risiko dieses Exportgeschäftes. Der Gesamtbetrag der Lieferung ist auf 300 Millionen Mark geschätzt. Zunächst soll der den Auftrag übernehmende Industrielle 40 Prozent der Auftragssumme als Risiko tragen. Es ist vorgesehen, daß das Reich die Ausfallsgarantie für 35 Prozent der Kaufsumme übernimmt. Es ist aber ferner daran gedacht, daß noch vor die Ausfallbürgschaft des Reiches eine zwischen den liefernden Industriellen zu schaffende Ausgleichskasse gestellt wird, so daß ein gewisser Teil des Risikos von den Industriellen gemeinsam getragen würde. Beide, sowohl die 40 Prozent des betreffenden Lieferanten, wie auch der Risikoanteil der Ausgleichsstelle hätten vor der Haftung des Reiches einzutreten. Insgesamt würde es sich bei der Reichsgarantie um eine Summe von 105 Millionen Mark handeln, für die zunächst nur die Bürgschaft zu leisten und die nur dann effektiv zu entrichten wäre, wenn von russischer Seite auch für die letzten 35 Prozent der Lieferung keine Zahlung erfolgt.

Da nun aber besonders bei den Geschäften mit bis zu vierjährigem Kredit die Risikoübernahme des privaten Lieferanten bis zu 40 Prozent in manchen Fällen schwierig sein dürfte, so ist daran gedacht, auch die Länder mit zu interessieren. Diese würden eventuell die Bürgschaft für einen Teil des Risikos zwischen den 35 Prozent des Reiches und den 40 Prozent des Lieferanten übernehmen, immer von dem Gesichtspunkt ausgehend, dadurch die Arbeitslosigkeit auf ihrem Gebiete zu vermindern.

Nun soll es sich aber bei der ganzen Transaktion keineswegs um eine

normale und laufende Kreditsicherung für das Auslandsgeschäft handeln. Vielmehr soll die Bürgschaft des Reichs nur eintreten für Geschäfte, die ihrer Natur nach dem normalen Export gegenüber **zusätzlich** sind. Soweit bisher bereits Exportgeschäfte ohne staatliche Hilfe getätigt wurden, sollen sie auch künftig selbständig abgewickelt werden. Neue zusätzliche Exportmöglichkeiten soll der staatlich unterstützte Kredit erschließen. Denn ein Kredit wird in jedem Falle aufgenommen werden müssen, aber gerade durch die teilweise Garantie des Reiches glaubt man, ihn eher erlangen zu können. Darum soll grundsätzlich festgelegt werden, daß es sich bei dem langfristigen Kredit um die Ausrüstung von Fabrikunternehmungen gewisser genau zu bezeichnender Industriezweige handeln soll. Der Charakter der Zusätzlichkeit des Exports bei den kurzfristigen Krediten soll dadurch gewahrt werden, daß man Listen über die zu bestellenden Waren aufstellt, wobei es sich nach Möglichkeit um Waren mit großem Anteil deutscher Arbeit handeln soll.

Für den Fall, daß eine Forderung für deutsche Lieferung am Verfalltag nicht eingelöst werden sollte, haftet zunächst bis zum Ausfall von 40 Prozent des Gesamtwertes des Geschäftes der betreffende Lieferant und dann erst tritt die 35prozentige Garantie des Reiches in Kraft. Damit aber geht auch die Forderung gegen den russischen Besteller resp. den russischen Staat auf die deutsche Regierung über. Es wurde aber oben bereits erwähnt, daß Bestellungen auch von anderen russischen Wirtschaftsorganen als der Außenhandelsstelle aufgegeben werden können; für deren Verbindlichkeit soll indes die Mithaftung des russischen Staates resp. der russischen Staatsbank angestrebt werden, was bei Aufrechterhaltung eines Außenhandelsmonopols des Staates ja selbstverständlich sein sollte.

Im Prinzip kann man wohl dieser ganzen Regelung zustimmen. Aus dreifachem Grunde. Deutschland hat ein Interesse an der Wiederaufrichtung und der Fortentwicklung der russischen Volkswirtschaft, weil eine starke wirtschaftliche Verbundenheit zwischen beiden Ländern beiden nur zum Vorteil gereichen kann. Deutschland hat aber auch ein Interesse daran, rechtzeitig sich eine Stellung auf dem russischen Markt zu erobern, ehe andere einen zu weiten Vorsprung erlangt haben. Und schließlich kann die Förderung des russischen Geschäftes als eines der Mittel zur Bekämpfung der ungeheuren Erwerbslosigkeit betrachtet werden.

Diese prinzipielle Bejahung entbindet aber nicht von der Pflicht, bei der Engagierung öffentlicher Mittel auch alle erforderlichen Garantien zu schaffen. Zunächst gilt es, die Verteilung der Aufträge nach rein sachlichen, volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten vornehmen zu lassen. Hier dürfen in keinem Falle irgend welche günstigen Beziehungen zu bestimmten Reichsstellen ausschlaggebend sein, wie dies zuweilen bei der Geschäftsgebarung der Außenhandelsstellen vorgekommen sein soll.

Kann es aber auch für das Reich gleichgültig sein, in welcher Art und Weise die betreffenden deutschen Lieferfirmen die Preisstellung vornehmen? Da die Möglichkeit des Aufwands von Reichsmitteln gegeben ist, besteht auch die Pflicht, darauf hinzuwirken, daß diese möglichst rationell verwandt, das heißt daß möglichst viel Arbeit durch sie geschaffen wird. Darum dürfen an dem russischen Geschäft keine besonderen Extraprofite erzielt werden, begründet durch das große Risiko. Ist doch gerade das private Risiko durch das

Dazwischentreten des Reiches beträchtlich vermindert. Und schließlich steht ja der deutschen Lieferfirma schon dadurch weiterer Vorteil in Aussicht, daß sie rechtzeitig ins Geschäft gekommen ist und dadurch die Wahrscheinlichkeit weiterer Belieferung erlangt. Auch darf bei dem einzelnen Geschäftsabschluß nur mit der Vorsicht eines ordentlichen Kaufmannes vorgegangen und die Sicherheiten für die ordnungsgemäße Abwicklung des Geschäfts müssen gewissenhaft vorher geprüft werden.

Könnte es aber nicht auch vorkommen, daß Zahlung aus dem Grunde verweigert wird, weil Beanstandung der Belieferung stattfand, sei es, daß sie nicht entsprechend den Vorschriften der Bestellung ausgeführt wurde, sei es, daß berechtigter Grund vorlag, die Qualität der Lieferung zu beanstanden? Es muß zweifelsfrei festgelegt werden, daß in solchem Falle selbstverständlich nicht das Reich mit seiner Garantie für die Nachlässigkeit des deutschen Lieferanten einzutreten hat.

Darum wird wichtig, ja entscheidend für die Stellungnahme zu dem ganzen Plane sein, daß eine wirklich objektiv urteilende Stelle geschaffen wird, die sowohl die Auftragsverteilung, die Preisbildung wie auch die Auftragsausführung überwacht und die Gewähr dafür bietet, daß durch sie die Interessen der gesamten Volkswirtschaft, insbesondere auch die der großen Schar Erwerbsloser wahrgenommen werden. Wenn es gelingt, diese notwendigen Vorsichtsmaßnahmen durchzusetzen, dann hat die Arbeiterschaft alles Interesse daran, daß dieser Plan im Interesse der deutschen wie der russischen Wirtschaft realisiert wird.

Die Weltgetreidewirtschaft

Joh. Krehen (Solingen)

1. Die Produktion von Brotgetreide vor dem Kriege

Die Hauptnahrung der Menschheit liefert das Pflanzenreich. In weiten und stark bevölkerten Bezirken der Erde ist der Fleischgenuß den breiten Massen überhaupt fast unbekannt. Aber selbst im Vorkriegsdeutschland, das einen relativ hohen Fleischverbrauch kannte, überwog bei weitem die pflanzliche Nahrung. Nach den Berechnungen von Professor Elsbacher lieferte in den Jahren 1912/13 der Bevölkerung Deutschlands das Pflanzenreich sieben Zehntel der insgesamt verzehrten Nährwertmengen. Die Hauptrolle spielen dabei die Getreidearten, die Kornfrüchte. Als solche sind für die Menschen europäischer Prägung Weizen und im weiten Abstände Roggen am wichtigsten. Mindestens ebenso wichtig ist aber der Reis, dessen Produktion zu etwa 95 Prozent in asiatischen Gebieten erfolgt, wo er vielfach die Nahrung schlechthin darstellt. Der Reis wird in seiner Bedeutung wahrscheinlich noch übertroffen von der Hirse, die in China die gleiche Bedeutung hat, wie in Südasiens der Reis und in Europa und Nordamerika der Weizen. Produktionsziffern fehlen für Hirse so gut wie ganz, für Reis sind sie unvollständig. Nach einer Zusammenstellung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr betrug die Menge der statistisch erfaßten Reisproduktion (jedoch ohne China!) in den letzten anderthalb Jahrzehnten jährlich zwischen 70 und 90 Millionen Tonnen.

Auch die Statistik der Weltproduktion von Brotgetreide im europäischen Sinne, also Weizen und Roggen, ist von sicheren Ergebnissen weit entfernt. Immerhin kann man die dafür mitgeteilten Zahlen als gute Annäherungswerte betrachten. Für längere Zeiträume ist der Vergleich jedoch erschwert, weil die früheren statistischen Ergebnisse im Vergleich zu den jüngsten Ergebnissen als unterschätzt gelten müssen. Für eine Feststellung der Erweiterung der Weltproduktion in den letzten zwei Vorkriegsjahrzehnten hat Hans Hirschstein-Berlin (Weltwirtschaftliches Archiv, 21. Band, 1925) folgende Zahlen ermittelt:

	Weizen	Roggen		
1894	67,9	38,6	Millionen	Tonnen
1909/13	102,0	44,8	"	"

Ebenso wichtig wie diese Steigerung der Weltproduktion von Weizen und Roggen in dem angegebenen Zeitraum um etwa 40 Prozent ist die Tatsache, daß auch in den Jahrzehnten zuvor die Kornproduktion stark gesteigert worden ist. Diese Produktionssteigerungen gingen über das Maß der gleichzeitigen Bevölkerungsvermehrung weit hinaus. Infolgedessen wurden die Preise seit Mitte der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts kontinuierlich, wenn auch mit Unterbrechungen durch schlechte Ernten, gesenkt. Der Tiefpunkt dieser Entwicklung lag Mitte der 90er Jahre. Seitdem ist eine allmähliche Wieder- aufwärtsbewegung der Preise bis zum Kriege erfolgt, der dann jede „normale“ Preisgestaltung unmöglich machte. Die sichere Festlegung dieser Preislinie durch fast ein halbes Jahrhundert macht einige Schwierigkeiten. In dem Schaubild 1 ist sie durch die deutschen Weizenpreise dargestellt.

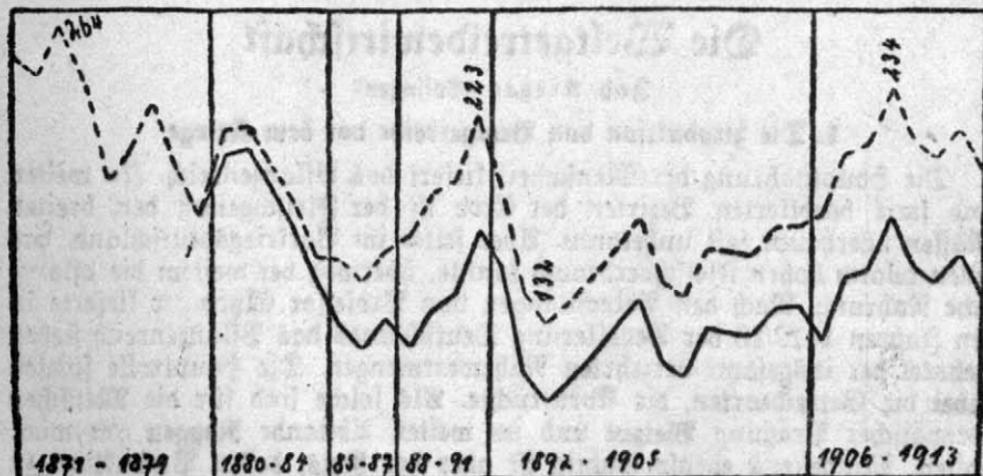


Schaubild 1

Die obere Linie bezeichnet die Preisurbe, wie sie sich für 1871 bis 1878 unter Zugrundelegung der preußischen Jahresdurchschnittspreise und für die folgenden Jahre auf Grund der Berliner Jahresdurchschnittspreise ergibt. Die Abwärtsbewegung der Preise führte danach von einem Höchststand von 264 Mk. pro Tonne im Jahre 1873 zu einem niedrigsten Preis von 132 Mk. pro Tonne im Jahre 1894. Zwischendurch bezeichnet das Jahr 1891 mit einem Preis von 223 Mk. eine vorübergehende Notstandsperiode. Nachher

lag das Jahr 1909 mit 234 Mt. am höchsten. Diese Preisbewegung in Deutschland ist aber durch die Einfuhrzölle über der Weltmarkts Höhe gehalten, und diese Einfuhrzölle waren in der in Frage stehenden Zeitperiode verschieden hoch. Bis Ende 1879 war die Getreideeinfuhr frei, dann galt von 1880 bis Ende Juni 1885 ein Weizen(und Roggen-)zoll von 10 Mt. pro Tonne; vom Juli 1885 bis 25. November 1887 war der Zoll für beide Brotfrüchte 30 Mt., danach bis Ende Januar 1892 50 Mt., dann wieder bis Ende Februar 1906 35 Mt. und vom 1. März 1906 bis zum Kriege für Weizen 55 (Roggen 50) Mark. Nach Abzug dieser Zollbeträge von den deutschen Preisen verbleiben Preiszahlen, die mehr oder weniger nahe um die Weltmarktspreise schwanken. Sie sind in der unteren Linie des Schaubildes deutlich gemacht, die richtiger als die obere Linie den Gang der Entwicklung am Weltmarkt kennzeichnet.

Die allmähliche Verteuerung des Brotgetreides im Verlauf der beiden letzten Vorkriegsjahrzehnte scheint mit der Ausdehnung der Produktion in schnellerem Maße, als die Bevölkerung sich vermehrte, im Widerspruch zu stehen. In Wirklichkeit ist sie Resultat einer Ausweitung des Konsums, die für eine relativ langsam wachsende Bevölkerung relativ schnell zunehmende Getreidemengen forderte. Innerhalb der Produktion ergaben sich in dieser Zeit beträchtliche absolute wie relative territoriale Veränderungen. Nach der schon erwähnten Arbeit von Hirschstein verteilte sich die Weizenproduktion wie folgt:

	1894	1909/13	1894	1909/13
	Millionen	Tonnen	%	
	der Weltproduktion			
Europa (ohne Rußland)	29,5	34,9	43,4	34,2
Rußland (europäisches und asiatisches)	11,4	22,1	17,0	21,7
Bereinigte Staaten	14,3	18,7	21,0	18,3
Kanada	1,1	5,4	1,6	5,3
Argentinien	1,6	4,0	2,3	3,9
Australien	0,9	2,6	1,3	2,6
Übrige Länder	9,1	14,3	13,4	14,0

Trotz absoluter Steigerung ging die relative Bedeutung der europäischen Weizenproduktion erheblich zurück, während die russische Produktion eine so starke Zunahme erreichte, daß sie auch im Rahmen der Weltproduktion eine weit größere Bedeutung gewann. Die Produktion der Vereinigten Staaten ging relativ zurück. Dagegen holten die Neuländer Kanada, Argentinien und Australien stark auf. Wesentlich anders stand es mit der Roggenproduktion. Hier ergibt sich bezüglich der geographischen Verteilung folgendes Zahlenbild:

	1894	1909/13	1894	1909/13
	Millionen	Tonnen	%	
	der Weltproduktion			
Deutschland	7,1	11,3	18,4	25,2
Rußland (europäisches und asiatisches)	22,8	23,4	59,1	52,2
Amerika	0,7	1,3	1,3	2,9
Übrige Länder	8,0	8,8	20,7	19,7

Der Roggen war an der Zunahme der Brotgetreideproduktion nur gering beteiligt. Er ist die Brotfrucht Deutschlands und Rußlands.

Die Weltgetreidesituation im letzten Vorkriegsjahrfünft (1909/13) ist mit diesen Produktionsziffern nur ungenügend gekennzeichnet. Im Rahmen der Weltwirtschaft fand immer ein lebhafter Handel mit Brotgetreide vor

Land zu Land und von Erdteil zu Erdteil statt. Nach einer Zusammenstellung von Professor Sering **exportierten** in jener Zeit „die überseeischen Exportländer“ (Kanada, Vereinigte Staaten, Argentinien, Britisch-Indien und Australien) jährlich netto 10,4 Millionen Tonnen Weizen und Roggen (bez. Mehl, dies jedoch auf Getreide zurückgerechnet). Nicht viel weniger, nämlich 10,1 Millionen Tonnen netto, exportierte „Osteuropa“ (Rußland, Österreich-Ungarn, Serbien, Rumänien und Bulgarien). Von diesen 20,5 Millionen Tonnen **importierte** das übrige Europa allein 18,2 Millionen Tonnen. Für Argentinien machte in diesem Zeitraum der Export 65 Prozent der Ernte aus, für Australien 54 Prozent, für Kanada 46 Prozent, für die Vereinigten Staaten 15 Prozent und für Britisch-Indien 14 Prozent. Diese Verhältnisse offenbaren ein außerordentlich starkes gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Agrarstaaten und dem industrialisierten Europa.

Die Beziehungen zwischen Brotgetreideproduktion und -Handel werden für das letzte Vorkriegsjahr fünf weiter beleuchtet durch die folgende Tabelle, die sowohl die Produktionsziffern der wichtigsten Länder (für Weizen und Roggen zusammen) im Durchschnitt der Jahre 1909/13, wie auch das Verhältnis der Produktion der einzelnen Länder zu ihrer Bevölkerungszahl enthält.

	Mill. Tonnen	Kilo pro Kopf		Mill. Tonnen	Kilo pro Kopf
Rußland (europ. u. asiat.)	45,6	270	Italien	5,1	147
Vereinigte Staaten	19,6	184	Spanien	4,3	215
Deutschland	15,9	245	Argentinien	4,0	566
Österreich-Ungarn	10,4	202	Australien	2,7	540
Frankreich	9,9	250	Rumänien	2,6	842
Britisch-Indien	9,8	80	England und Irland	1,8	84
Kanada	5,4	675	Bulgarien	1,4	826

In der zweiten Zahlenreihe fallen einige Länder mit besonders hoher Kopfquote ohne weiteres auf: Kanada, Argentinien und Australien, Länder, die für die Weltversorgung vor dem Kriege weniger durch ihre Produktionshöhe an sich, als vielmehr durch ihre Exportfähigkeit wichtig war. In übrigen ist die Kopfquote nicht ohne weiteres maßgebend für die mehr oder weniger dem eigenen Konsum genügende Höhe der Produktion der einzelnen Länder. Britisch-Indien zum Beispiel, das Land mit der niedrigsten Kopfquote, vermochte noch zu exportieren, weil seine Bewohner vornehmlich Reisesser sind. (Damit ist natürlich die Frage in keiner Weise berührt, ob dies Land nicht selbst seinen Weizen verzehren könnte, wenn nicht die imperialistische Ausbeutung seine Bewohner zu schwersten Entbehrungen zwingen würde.) Andererseits mußte Deutschland mit relativ hoher Kopfquote noch importieren, während die Vereinigten Staaten mit niedrigerer Kopfquote exportieren konnten. Darin äußert sich der Zusammenhang mit der Produktion anderer Körnerfrüchte, wie sich ja überhaupt die Körnerfrüchte in gewissen Grenzen gegenseitig vertreten können. Von der deutschen Roggenproduktion wandern große Teile in die Viehtröge, während in den Vereinigten Staaten der Mais das Viehfutter schlecht hin darstellt. Die niedrige englische Kopfquote charakterisiert die vollkommene Abhängigkeit dieses Industrielandes von ausländischen Nahrungsmittellieferungen.

Eine ermunternde Bilanz

Viktor Stein (Wien)

Die Kapitalisten der Welt haben sich, ohne daß es eines Beschlusses dazu bedurft hätte, eine einheitliche Taktik zurechtgelegt: offiziell sind sie warme Anhänger internationaler Vereinbarungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik, sind sie für das internationale Arbeitsamt, und in der Praxis beschuldigen sie die „sozialen Lasten“, wenn nicht der Urheberschaft, so doch der Verschärfung der Krise, so daß ihnen niemand einen Vorwurf machen soll, wenn sie die Sozialpolitik mit wachsender Schärfe bekämpfen. Produktionsverbilligung ist ihr Schlachtruf, Zurückdrängung der Arbeiter aus allen im Kriege und in der Nachkriegszeit gewonnenen Machtpositionen die Methode, uneingeschränkte Profitwirtschaft, also Restauration des Kapitalismus ihr Ziel.

Leider kann nicht behauptet werden, daß die Arbeiterchaft überall diesen wirklichen Charakter unserer Lage erkannt hätte. Man begegnet im praktischen Gewerkschaftsleben den absonderlichsten Auffassungen, die uns dann in Unternehmungen treiben, deren Bedenklichkeit aufzuzeigen ebenso Pflicht wie höchst undankbare, ja gefährliche Arbeit ist. Und doch muß sie geleistet werden, im Interesse der Arbeiterklasse, im Interesse der revolutionären Entwicklung. Jedermann muß begreifen, daß die revolutionäre Umwälzung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung noch lange nicht vollendet ist. Es gibt sehr zahlreiche Anzeichen und Ansätze der weiteren Revolutionierung: die schweren Krisen und in ihnen die ungeheuren Kapitalkonzentrationen, denen gegenüber sich die außerhalb dieser neuen Formationen bleibenden oder gelassenen Unternehmungen mit aller Kraft zu halten versuchen, das heißt zugespitzte Konkurrenz und zugespitzter Klassenkampf. Das ist das Kennzeichen unserer Lage, die es uns zur höchsten Aufgabe machen, trotz Not und Elend, trotz Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den Arbeitern Zubericht und revolutionäre Begeisterung, aber in gleichem Ausmaße auch Verständnis dafür wachzuhalten, daß in der „Atempause der Revolution“ die Festigung, die Ausgestaltung, die Verteidigung der neuen Machtstellungen eine hohe Pflicht ist. Ja, diese Pflicht steht um gar nichts dem Kampf um höheren Lohn nach.

Daraus wird es erklärlich und begreiflich, daß die Gegenwart den proletarischen Kämpfen ein ganz anderes Gepräge gibt, daß sie ihre Bedeutung und Tragweite nicht unwesentlich hebt. An uns ist es, diese Tragweite richtig zu erkennen und danach unsere Taktik einzurichten. Und wer käme da mehr in Betracht als unsere braven, pflichteifrigen Betriebsräte, den Kameraden die Doppelaufgabe jedes Kampfes verständlich zu machen: das unmittelbare Interesse der Arbeiter und die revolutionäre Pflicht zu wahren!? Wenn es uns gelingt, Angriffe der Unternehmer auf die Rechte der Betriebsräte oder gar auf die Institution selbst abzuwehren, haben wir der Gegenrevolution der kapitalistischen Welt einen Schlag versetzt, haben wir eine für die Fortentwicklung der Revolution wichtige Etappe erreicht.

Unter diesem Betrachtungswinkel sei es an dieser Stelle gestattet, einige Bemerkungen über die letzten großen Kämpfe der österreichischen Metallarbeiter zu machen. Dies schon deshalb, weil es sich da um eine ungewöhnlich große Streikwelle mitten in bösester Krisenzeit mit ihren materiellen und

geistigen Rückwirkungen auf die Arbeiterschaft handelt. In der mit dem 11. Januar 1926 beginnenden Woche hatten wir eine allerdings sehr kurze Spanne Zeit ohne auch nur ein streifendes oder ausgesperrtes Mitglied. Wenn eine solche, bloß wenige Tage andauernde Erscheinung so sehr auffällt, ist es gewiß genügender Beweis, daß es im Bereiche des Osterreichischen Metallarbeiterverbandes ununterbrochen Kämpfe gab. Aber was sich zwischen Ende September 1924 und Ende Oktober 1925 abspielte, war so groß, so außergewöhnlich, so lehrreich, daß man dieses Kapitel der politischen Kämpfe eingehender betrachten muß und auch vor ausländischen Kollegen darf, besonders wenn diese Kollegen einer ähnlichen Wirtschaftslage gegenüberstehen.

Die ersten Vorboten der sogenannten „Reinigungs“krise tauchten auf. Der ungeheuer aufgeblähte Produktionsapparat, noch immer erhalten und gehegt, weil man der Illusion nachhing, ein Ersatzgebilde für den verlorenen altösterreichischen Markt zu finden (Donauföderation, Präferenzzölle und wie alle die Quacksalbervorschlüge und Irreführungen hießen), dieser zu große Produktionsapparat konnte nicht mehr gestützt werden. Wir hatten für 32 000 Kilometer altösterreichischer Eisenbahngleislänge 5 Lokomotivfabriken; die Republik erbt nur 5200 Eisenbahnkilometer, aber dazu 4 Lokomotivfabriken (eine neue kam hinzu) und von den 5 Waggonfabriken 3. Muß da nicht in jede der Fabriken die größte Unruhe einziehen, ob nicht gerade sie es sein wird, die zusammenbricht? Außerste Zurückhaltung der Unternehmer, geradezu verzweifelte Resignation ist die Folge gewesen; die Regierung des mit fremden Geldern sanierten Staates war so verständnislos, daß von ihrer Seite weder Hilfe noch Rat erwartet werden durfte. So glaubte man sich um so mehr noch zum Schluß an den Arbeitern schadlos halten zu können. Lohndruck und Ablehnung aller Forderungen wurden zur gebräuchlichsten Methode. Das mußte die Arbeiter, welche die Krise drohend heraufziehen sahen, nicht weniger reizen. Sie stellten bescheidene Forderungen — und es kam zu einem der größten Lohnkämpfe in Osterreich. An ihm war neben vielen anderen beachtenswerten Erscheinungen das Interessanteste die Absicht der Unternehmer, dem Verband den Todesstoß zu versetzen. Man glaubte die Arbeiter müde und mürrisch, von der Angst vor Arbeitslosigkeit eingeschüchtert, von der Not der Kurzarbeit um die Widerstandskraft beraubt, nicht mehr organisationstreu genug. Deshalb spitzte man die Sache so zu — und sprach es in der Unternehmerversammlung offen aus —, daß der Lohnkampf zu einem Kampfe um das proletarische Grundrecht würde. Daneben verlangten die Unternehmer die Preisgabe des Achtstundentages. Aber auch da mußten sie feierlich und ausdrücklich verzichten, denn die Wiener Metallarbeiter haben rasch begriffen, daß es um mehr als ein Stück des Lohnrechtes geht, und haben sich tapfer geschlagen. Der Angriff ward abgewehrt.

Aber nicht weitere behindert. Hat sich die Metallarbeiterfront in Wien zu stark erwiesen, hoffte man an anderer Stelle geringere Widerstandsfähigkeit anzutreffen. Es gab im Frühjahr 1925 Kämpfe ähnlicher Art in der Provinz, vor allem in Steiermark. Allmählich haben die Unternehmensekretäre eine ganze Theorie und eine richtige Strategie für Lohn- und Arbeitskämpfe der Krisenzeit ausgebaut. In der Schwerindustrie, der es einmal wegen des deutschen, dann wegen des französischen Dumping, aber auch noch

aus vielen anderen Gründen schlecht ging, hat man systematisch, leider auch mit Hilfe der Gewerbeinspektoren, den Achtstundentag sabotiert. Nachdem man die Krise zum Lohndruck ausgenutzt hatte, lud man die Arbeiter ein, sich zur Leistung nur mit normalen Stundenlöhnen gezahlter Überstunden zu melden. Und alle, alle kamen. . . Und der Gewerbeinspektor, von den Betriebsräten angerufen, schweigt; die Firma aber denunziert den Arbeitern, die mehr verdienen wollten und „konnten“, den Betriebsrat als ihren Feind. In derselben Schwerindustrie begann man auch die Ausübung der betriebsrätlichen Pflichten in der kleinlichsten Weise zu erschweren und schwang sich in einem Falle zur Drohung auf, mit dem Betriebsrat nur mehr schriftlich zu verkehren. Die sogenannten „Permanenzen“, das sind freigestellte, nur für die Arbeiten als Betriebsräte voll entlohnte Mitglieder des Betriebsrates, wurden „abgebaut“, den Betriebsräten ihre Einflußnahme auf Arbeiteraufnahme und -Entlassung verweigert. Man glaubte ernstlich, daß die Arbeiter das alles ruhig hinnehmen werden. In Wirklichkeit sammelten sich solcherart die Elemente des Kampfes, der ja auch nicht ausblieb.

Und der Herbst des vergangenen Jahres brachte uns vier große, lang andauernde Kämpfe, die sich ähnlich entwickelten. Bei Siemens-Halske in Wien, in der Österreichischen Alpinen Montangesellschaft in Steiermark, in der Stahlindustrie im niederösterreichischen Traisental und in der großen Automobilfabrik von Steyr standen zusammen an die 12 000 Metallarbeiter im Kampfe, zum Teil ausgesperrt, in Wien und Steyr, zum Teil im Abwehrkampf. Alle diese Kämpfe hatten einen gemeinsamen Grundzug: sie gingen um sozialpolitische Rechte, um die Organisation, um die Stellung der Betriebsräte. Damit fügten sie sich harmonisch in die Wirtschafts- und Sozialpolitik der kapitalistischen Sanierung ein. Hat ja doch der Schöpfer der Sanierung, der Bundeskanzler Seipel, selbst den Auftakt zum Kampfe gegen die Personalvertretungen (eine den Betriebsräten ähnliche Einrichtung der Staatsangestellten) und gegen das Streikrecht gegeben.

Die Kämpfe unterschieden sich wesentlich in der Zusammensetzung der Reihen der Kämpfer: bei Siemens & Halske waren es hauptsächlich Frauen, in Donawitz bei der Alpine Montangesellschaft überwiegend unorganisierte Menschen (auch das ist ein Teil der Unternehmertaktik gewesen, daß man Selbe zu züchten versucht unter dem Mantel des Patentkrenzlerturns, daß man in Flugblättern die Organisation und ihre Wortführer beschimpft), während St. Egid und Steyr alte, bewährte organisierte Hochburgen sind. Das Lohnrecht und das Recht der Betriebsräte wurden bei Siemens & Halske gerettet. In Donawitz gelang es, der Organisation, die sich der Arbeiter trotzdem annahm, neuerlich die Anerkennung zu erwirken, der Angriff in Niederösterreich wurde siegreich abgewehrt und vollends in Steyr behaupteten wir alle schwer bedrohten Rechte der Betriebsräte, die weit über das gesetzliche Maß hinausreichen, und sicherten uns auch weiterhin den Abzug des Verbandsbeitrages gleich vom Lohn.

Seit der Zeit ruhen die Angriffe auf unsere sozialpolitischen Rechte. Von Unternehmerseite wurde uns ausdrücklich versichert, daß man die Fruchtlosigkeit solcher Angriffe einsieht. Deshalb ist für uns die Bilanz der großen Streikwelle so erfreulich. Wir sehen die Wirkungen, denn jeder von uns be-

greift, daß nur diese Erfolge den Arbeitern, die jetzt so schwer unter den Schlägen der Krise zu leiden haben, die Lebensfreude, die Kampfbegeisterung, die Zuvorsicht gewähren, deren wir so dringend bedürfen. Und so haben wir die revolutionären Errungenschaften gesichert — natürlich bis zum nächsten Unternehmerangriff, mit dem wir rechnen müssen. Aber wir haben gelernt, wie man in solch kritischen Zeiten die Kämpfe führen muß, wie sehr man in erster Linie ihre Tragweite, ihre Wirkung auf den großen geschichtlichen Kampf zwischen Kapitalismus und Proletariat beachten muß. Das Prinzipielle voranstellen, sich vor Augen halten, daß ein solcher Lohnkampf, den wir verlieren, viel mehr in Frage stellt, weshalb alle Kräfte zusammengehalten und angespannt werden müssen, um uns schlagfertig, tatkräftig genug zu halten, die große Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus erfolgreich bestehen zu können.

Die soziale Gesetzgebung in Südslawien

Hermann Wendel (Frankfurt a. M.)

Als im Herbst 1918 das Jahrzehnte währende Ringen der Südslawen um ihre nationale Freiheit und Einheit, in dem die Vorkämpfer des Sozialismus wahrlich nicht an letzter Stelle gestanden hatten, durch die Gründung des Staates der Serben, Kroaten und Slowenen gekrönt wurde, heischte eine Unzahl sozialer Fragen gebieterisch ihre Lösung. Sie vorzubereiten oder durchzuführen, wurden sofort drei besondere Ministerien gegründet. Da es sich um einen vorwiegend landwirtschaftlichen Staat handelt, schrieb man dem Ministerium für Agrarreform die größte Bedeutung zu. Das Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege hatte nicht minder eine Herkulesaufgabe vor sich, denn Tuberkulose und Syphilis sind auf dem ganzen Balkan eingewurzelte Volkskrankheiten, und über Arbeitsmangel brauchte auch das dritte, das Ministerium für Sozialpolitik, nicht zu klagen, an dessen Spitze ein Sozialdemokrat, Witomir Koratsch, trat.

Zwar ist Südslawien im ganzen schwach industrialisiert, aber einzelne feiner Teile, wie Slowenien, nähern sich doch in ihrem sozialen Grundriß entwickelteren Gebieten Mitteleuropas, und vom kapitalistischen Großgewerbe ganz unberührt geblieben ist keine Provinz. Immerhin machen die Industriearbeiter kaum mehr als 6 Prozent von den zwölf Millionen der Gesamtbevölkerung aus. Vielfach leben sie unter den erbarmungswürdigsten Verhältnissen. Ein amtlicher Bericht für 1924 stellt bei qualifizierten Arbeitern einen durchschnittlichen Tagelohn von 50 bis 70, bei nichtqualifizierten von 25 bis 35 Dinar (1 Dinar = 7,5 Pf.) fest, und eine andere Statistik enthüllt, daß sich der durchschnittliche Monatslohn Ende 1924 auf 1043,2 Dinar belief, während die Ausgaben nur für die notwendigsten Lebensmittel auf den Kopf 351,5 Dinar betragen; was jener Lohn bei diesen Unterhaltskosten für den Ernährer einer Familie heißen will, liegt auf der Hand. Namentlich die Wohnverhältnisse spotten denn häufig jeder Beschreibung; auf sie führt in einer so dem Westeuropäischen angenäherten Gegend wie Marburg a. d. Drau, das viele deutsche Arbeiter zählt, eine Behörde die starke Verbreitung der Tuberkulose zurück und erwähnt Fälle, da acht bis zehn Personen in einem

Raum haufen. Ist die Organisationsfähigkeit und Klassendisziplin eines so verelendeten Proletariats schwach, so hatte doch vor dem Weltkrieg die moderne Arbeiterbewegung in fast allen Gebieten, aus denen 1918 Südslawien entstand, festen Fuß gefaßt. Daß Partei und Gewerkschaften in dem neuen Staat einen nicht zu übersehenden Faktor bildeten, bestimmte seine Haltung zur sozialen Gesetzgebung.

Schon die konstituierende Akte des Königreichs, die **Verfassung** des Jahres 1920, widmet einen besonderen Abschnitt der sozialen Frage, deren Ziel der bekannte Staatsrechtler der Belgrader Universität, Professor **Slobodan Jowanowitsch**, zusammenfaßt: „Schaffung bäuerlichen Kleinbesizes, Schutz der städtischen Arbeiterschaft, sonst Aufrechterhaltung der individualistischen Wirtschaftsordnung.“ Derselbe Gelehrte bemängelt, daß die Artikel dieses Abschnitts in allgemeinen Ausdrücken verschwimmen und nur Leitsätze ohne Nutzenwendung im einzelnen enthalten; in der Tat waren im Ausschuß die Anträge der Sozialdemokraten, den Achtstundentag und einen Mindestlohn in der Verfassung zu „verankern“, verworfen worden. Aber ob dieser Teil der Konstitution das Zeichen eines Kompromisses allzu deutlich an der Stirn trägt, verbürgte ihr § 31 den Arbeitern doch die Einführung der Unfall-, Kranken-, Arbeitslosen-, Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung, und der Artikel 23 verhiess gesetzlichen Arbeiterschutz unter besonderer Erwähnung der Arbeitszeit, der Frauen und der Jugendlichen.

Sowohl auf dem Felde des Arbeiterschutzes wie der Arbeiterversicherung herrschte nach dem Umsturz von 1918 ein nicht leicht zu überblickender Wirrwarr. In Slowenien und Dalmatien gab es eine Versicherung nach österreichischem, in Kroatien-Slawonien und der Wojwodina nach ungarischem Recht; eine besondere Sozialgesetzgebung wies Bosnien-Herzegowina auf; in Serbien hatte das Betriebsgesetz von 1910 einzelne Grundsätze des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung festgelegt, aber sie waren geduldiges Kangleipapier geblieben, und Montenegro kannte ebensowenig wie das bis 1912 türkische Makedonien auch nur die Anfänge sozialer Fürsorge. Da der erste sozialistische Minister für Sozialpolitik mit Eifer daranging, einheitliches und fortschrittliches Recht zu schaffen, hatte er bereits Ende März 1919 einen sehr ansehnlichen Gesetzentwurf über Arbeiterversicherung fertig, aber kurz danach schob sein Rücktritt die Angelegenheit auf die lange Bank. Die vorläufigen Provinzialregierungen in Agram, Laibach, Sarajewo und Spalato stifteten an dem Überkommenen mit Zusatzbestimmungen herum, bis die Verordnung über Arbeiterversicherung vom 27. Juni 1921 einheitliche Vorschriften für den ganzen Staat erließ und die Möglichkeit mit sich brachte, daß auch Serbien und Montenegro am 1. Januar 1922 den Einzug der Sozialversicherung erlebten. Diese Verordnung war der Vorläufer des **Gesetzes über Arbeiterversicherung**, das, am 14. Mai 1922 veröffentlicht, am 1. Juli des gleichen Jahres wirksam wurde.

Freilich nur zu einem Teil, denn die Absätze über Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung sollten erst am 1. Juli 1925 in Kraft treten, und bis zu demselben Tage war den Knappschaftsklassen der Bergleute gestattet, außerhalb der Einrichtungen der neuen Arbeiterversicherung ein Sonderdasein zu führen; die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung gar war auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Das Gesetz selbst aber atmete

den Geist des zwanzigsten Jahrhunderts. Wie eine Mutterschaftsversicherung nicht fehlte und die Krankenversicherung auch die nicht legitim angetraute Lebensgefährtin des Versicherten umfaßte, so brauchten sich auch die anderen Paragraphen vor den entsprechenden Gesetzen westlicherer, größerer und entwickelterer Staaten nicht zu verstecken. Die **Zwangsvversicherung** ergriff alle Lohnempfänger in Industrie und Gewerbe ohne Rücksicht auf Lohnhöhe, Alter und Staatsangehörigkeit; ausgenommen waren öffentliche Angestellte, deren Dienstvertrag ihnen dieselben Rechte und Unterstützungen gewährte wie die Versicherung. Von der Zwangsvversicherung gleichfalls ausgeschlossen, aber zu **freiwilliger Versicherung** berechtigt waren landwirtschaftliche Arbeiter, vorübergehend im Haushalt Beschäftigte und vorderhand auch die Seefischer der Adria. Überdies konnten Heimarbeiter, Selbständige ohne Hilfskräfte und Handwerker mit nicht mehr als zwei Gehilfen der Wohlthaten der freiwilligen Versicherung teilhaftig werden. Das Gesetz legte die Verwaltung der Versicherungseinrichtungen in die Hände der Beteiligten, Unternehmer und Arbeiter, die auch, ohne wesentliche Unterstützung des Staates, die Kosten gemeinsam aufzubringen haben. Als oberste Versicherungsbehörde wurde das **Zentralamt für Arbeiterversicherung** in Agram eingesetzt, dessen Leitung ein verdienter Sozialdemokrat, **Wilem Busscheg**, bis zu seinem leider baldigen Tode übernahm; mit an die dreißig Kreisversicherungssämtern und rund zweihundert Geschäftsstellen spannte es sein Netz über das ganze Land und zählte 1924 460 000 teils zwangsweise, teils freiwillig Versicherte, die sich auf 125 000 Betriebe verteilten.

Da weithin im slawischen Süden die Arbeitsverhältnisse bis ins zwanzigste Jahrhundert durchaus patriarchalischer Art waren, kam der südslawische Staat auf dem Felde des Arbeiterschutzes nicht gerade mit bedeutender Erbschaft zur Welt. In dem Bestreben aber, auch hier den Anschluß an Westeuropa zu finden, setzte die Verordnung vom 12. September 1919 den Achtstundentag als nicht zu durchbrechende Regel fest. Das **Arbeiterschutzgesetz** vom 14. Juni 1922 freilich brachte insofern einen Rückschritt, als es den Achtstundentag uneingeschränkt und unbedingt nur mehr für Kinder unter sechzehn Jahren aufrechterhielt. Auch verbot es die Nachtarbeit von Frauen überhaupt wie die von männlichen Jugendlichen unter achtzehn Jahren, schuf für Wöchnerinnen vor und nach der Entbindung eine Arbeitspause von je zwei Monaten und verpflichtete in Fällen, da ein Viertel der Arbeiter eines Betriebes Unmündige ohne Aufsicht zu Hause lassen mußte, den Unternehmer zur Errichtung eines Tagkinderheims in der Nähe der Fabrik. Sind das ohne Zweifel sozial wohlthätige Bestimmungen, so läßt das Gesetz für erwachsene Arbeiter eine **Durchbrechung des Achtstundentages** zu, und zwar müssen sich in Betrieben mit mehr als fünfzehn Beschäftigten ihrer vier Fünftel in geheimer Abstimmung für Verlängerung der Arbeitszeit (um eine Stunde im Bergbau, bis zu zwei Stunden in der Industrie) aussprechen. In Betrieben mit weniger als fünfzehn Beschäftigten genügt eine einfache Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern zur Ausdehnung der Arbeitszeit auf neun oder zehn Stunden. Überstunden sind um die Hälfte höher zu bezahlen als die gewöhnlichen Arbeitsstunden.

Zur Überwachung der Schutzbestimmungen sieht das Gesetz die Einrichtung von **Betriebsvertrauensleuten** vor, die nach dem Proportionalssystem

von allen in einem Unternehmen Beschäftigten über achtzehn Jahren gewählt werden; Betriebe bis zu 20 Arbeitern erhalten einen, bis 50 drei, bis 100 vier, bis 150 fünf, bis 450 sechs Vertrauensleute, die volljährig, des Lesens und Schreibens kundig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sein müssen; die Höchstzahl in einem Betrieb beträgt sechzehn. Ebenso gehen aus allgemeinen Wahlen der Sozialversicherungsteilnehmer die **Arbeiterkammern** hervor, die, sieben an der Zahl, aus je 30 bis 60 Mitgliedern bestehend, mit einem gemeinsamen Sekretariat in Belgrad, die Aufgabe haben, sich der ökonomischen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeiter anzunehmen, in Arbeitsstreitigkeiten einzugreifen, beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken, die Behörden zu beraten, Gutachten über Gesetzesentwürfe zu erstatten und was dergleichen Pflichten mehr sind. Die staatliche Aufsicht über die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen überträgt das Gesetz vom 30. Dezember 1921 den **Arbeitsinspektionen**, deren es im ganzen Lande zehn gibt und deren Zentrale dem Ministerium für Sozialpolitik eingefügt ist. Ein Mangel ist, daß das Gesetz über eine Zusammenarbeit der Arbeitsinspektionen mit den Arbeiterorganisationen oder Betriebsvertrauensleuten nichts sagt.

Weht im allgemeinen durch die soziale Gesetzgebung Südslawiens der Hauch unserer Zeit, so stößt ihre Übertragung auf die Wirklichkeit bei einem rückständigen und hochbeinigen Unternehmertum auf tausend Widerstände; namentlich in Serbien beschimpft bourgeois Klassenegoismus die sozialpolitischen Neuerungen als „Kommunismus“ und „Hinterlassenschaft der Schwaben“, aber auch in den ehemals österreichisch-ungarischen Gebieten, die doch einen Vorgesmack von Sozialpolitik bekommen hatten, wetteifern Kleinhandwerker und Großindustrielle in der **Sabotierung der Schutzbestimmungen**. Nach ihrem unlängst veröffentlichten Bericht besichtigten die Arbeitsinspektionen 1924 insgesamt 8146 Betriebe, die 175 607 Arbeiter beschäftigten. Davon waren männliche Erwachsene 132 904, männliche zwischen vierzehn und achtzehn Jahren 15 694, weibliche über achtzehn Jahren 19 968, zwischen vierzehn und achtzehn Jahren 5528. Der südslawischen Industrie ist also das Gepräge jedes jungen Kapitalismus, die üppige Verwendung jugendlicher und weiblicher Arbeitskräfte aufgedrückt, aber sie schändet sich auch durch „bethelemitischen Kindermord“, denn in den besichtigten Betrieben wurden 130 männliche und 1373 weibliche **Kinder unter vierzehn Jahren** ermittelt, deren Beschäftigung das Gesetz streng verbietet; in einer Glasfabrik arbeiteten fünfzehn Knaben und fünf Mädchen unter vierzehn Jahren dauernd in einer Hitze von 50 Grad Celsius! Nicht minder erwähnt der Bericht Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit auf zwölf, vierzehn, ja sechzehn Stunden, da es den Unternehmern leicht fällt, sich mit unorganisierten und unaufgeklärten Arbeitern zu „verständigen“. Wenn ein Arbeitsinspektionsbericht von 1921 aus dem Kreise Skoplje in Makedonien mitteilte, daß die Werkstätten vielfach „gewöhnliche, unterirdische Löcher ohne Fenster, ohne Fußboden, ohne Licht und ohne Luft“ seien, so waren 1924 auch in weit fortgeschrittenen Gegenden des Landes die hygienischen Verhältnisse der Arbeitsräume alles andere als einwandfrei. „Der Zustand hat sich“, sagt der Bericht lakonisch, „seit dem letzten Jahre nicht gebessert und nicht geändert.“

Veruft sich das Unternehmertum auf die seit langem währende und in der Tat schwere Wirtschaftskrise, die kostspielige Besserungen und Änderungen nicht zulasse, so wird derselbe Grund bei der Heze gegen die Sozialversicherung angeführt. Das törichte Schlagwort, daß eine so junge Industrie wie die südslawische durch die Lasten der Arbeiterversicherung zugrunde gehe, wird Tausende von Malen in der Presse und auf Wirtschaftskongressen wiederholt und verfehlt seine Wirkung nicht. Stände die Arbeiterklasse allerdings in geschlossener Front da, so brauchte ihr das Geschrei der Unternehmer keine Sorge zu bereiten. Aber seit in den verelendeten Massen des südslawischen Proletariats die Heilsbotschaft von Moskau günstige Aufnahme fand, ist es mit der Einigkeit und Stärke der Arbeiterbewegung vorbei; der Kongreß zu Bukowar von 1920, der die Spaltung der Partei und der Gewerkschaften besiegelte, leitete einen unaufhaltsamen Niedergang ein. Die durch allerhand „revolutionäre“ Kinkerlitzchen herausgeforderte Staatsgewalt führte mit einem Ausnahmegesetz einen wuchtigen Schlag gegen den Kommunismus; die Sozialdemokratie kam in dem Bruderkrieg unter den Schlitten, und die Massen kehrten enttäuscht und angewidert der ganzen Bewegung den Rücken; bei den Parlamentswahlen des letzten Jahres brachten weder Kommunisten noch Sozialdemokraten auch nur einen einzigen Abgeordneten durch, so daß zum erstenmal seit 1903 die Arbeiterklasse in der Belgrader Stupschina unvertreten ist!

Je mehr sich die Arbeiterbewegung schwächte, desto geringer wurde der Widerstand der Behörden und bürgerlichen Parteien gegen den Druck des Unternehmertums. Erzielte die Selbstverwaltung der Sozialversicherung in den dreieinhalb Jahren seit Geltung des Gesetzes sehr ansehnliche Ergebnisse nicht zuletzt durch Gründung und Ausbau von Heilstätten, so kümmerte sich der Staat immer weniger um sein eigenes Werk, bis unter dem Frohlocken der Kapitalisten das Ministerium für Sozialpolitik mit einem Federstrich die Bestimmung außer Kraft setzte, daß am 1. Juli 1925 auch die Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung wirksam werden sollte. Andere Pläne bedrohen die Selbstverwaltung der Arbeiterversicherung zum mindesten durch Stärkung des bürokratischen Einflusses, und da das Ministerium für Sozialpolitik lezthin nicht mit Unrecht ein Ministerium zur Liquidierung der Sozialpolitik genannt wurde, ist die logische Folge, daß das Ministerium selbst liquidiert wird. Das soll demnächst bei Verringerung der Zahl der Ministerien geschehen, die Bourgeoisie triumphiert, die soziale Reaktion ist auf vollem Marsch!

Als einziger Trost bleibt, daß in den letzten Monaten, besonders seit dem Zusammenschluß der Gewerkschaften, die moderne Arbeiterbewegung wieder Wind in den Segeln spürt. Nur ihr Aufstieg zu neuer Macht vermag zu hindern, daß die verheißungsvoll begonnene soziale Gesetzgebung Südslawiens zu einem Messer ohne Klinge wird, dem der Griff fehlt.



Die weltwirtschaftliche Bedeutung des Gummi

Dr. Judith Grünfeld (Genä)

Unter den Verschiebungen, die in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Rohstoffherzeugung stattgefunden haben, fällt neben der Entwicklung der künstlichen Rohstoffe, der teilweisen Verdrängung der Kohle durch das Erdöl und der sinkenden Bedeutung der Eisenproduktion der starke Aufschwung der Gummiproduktion besonders auf. Die Weltproduktion von Rohgummi erreichte im Jahre 1925 dem Werte nach zirka $7\frac{1}{2}$ Prozent der Produktion der elf wichtigsten Industrierohstoffe, während sie im Jahre 1924 nur $1\frac{1}{2}$ Prozent der gesamten Rohstoffproduktion der Welt betrug und im Jahre 1913 kaum 1 pro Mille derselben überschritt. Der Wert der Gummiproduktion betrug im Jahre 1925 etwa 1200 Millionen Dollars, was fast dem Wert der Welterzeugung an Eisen gleichkommt und denjenigen der Weltproduktion an Wolle übertrifft. Dadurch gewann das Gummi neben den wichtigsten Rohstoffen einen bestimmenden Einfluß auf die Weltkonjunktur.

Der Grund dieser wachsenden Bedeutung des Gummis liegt hauptsächlich in der enormen Zunahme des Gummiverbrauchs in den Vereinigten Staaten im Zusammenhange mit dem starken Aufschwung der Automobilindustrie. Die Vereinigten Staaten verbrauchen gegenwärtig fast dreimal soviel Gummi als die ganze übrige Welt und importieren dasselbe aus den britischen und holländischen Kolonien. Noch im Jahre 1911 verbrauchten die Vereinigten Staaten nur 10 Prozent der gesamten Gummieinfuhr für die Gummireifenfabrikation. Gegenwärtig finden nicht weniger als vier Fünftel der Gummieinfuhr Verwendung bei der Automobilherzeugung. Die Rubber Association of America schätzt, daß im Jahre 1930 die Gummireifen für die Automobile und Motorräder zirka 87 Prozent der gesamten Gummieinfuhr nach den Vereinigten Staaten beanspruchen werden. Das ist ohne weiteres klar, wenn man bedenkt, daß schon jetzt jeder sechste Amerikaner im Besitze eines Autos ist. Der Rohgummiverbrauch der amerikanischen Gummiindustrie stieg seit dem Jahre 1914, wo er 61 250 Tonnen betrug, fast kontinuierlich von Jahr zu Jahr und erreichte in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres 306 846 Tonnen, was einer Verfünffachung gleichkommt. Die Produktion der Gummireifen stieg gleichzeitig von 8 Millionen im Jahre 1914 auf 51,8 Millionen im vergangenen Jahre. Wie rasch die Mechanisierung in Amerika vor sich geht, kann man daraus ersehen, daß während die Gummireifenfabrikation im Jahre 1925 diejenige vom Jahre 1914 mehr als sechsmal übertraf, die Zahl der dabei beschäftigten Arbeiter nur um 86 Prozent größer war als vor dem Kriege. Besonders stark nahm die Mechanisierung in dem Jahrzehnt seit 1920 zu.

Die Einfuhr von Rohgummi nach den Vereinigten Staaten entwickelte sich in den letzten Jahren wie folgt:*

Die reine Einfuhr nach Abzug der Wiederausfuhr in Tonnen

Jahresdurchschnitt

1910—14	1922	1923	1924	Jan. bis Okt. 1925
44848	296267	300372	317747	306846

* Vergleiche: Commerce Monthly, New York, Januar 1926, Seite 26.

Der Gummiverbrauch der Vereinigten Staaten ist nicht nur absolut stark gestiegen, wie man aus den Einfuhrzahlen ersehen kann, sondern auch *relativ*, indem die Vereinigten Staaten gegenwärtig zirka 75 Prozent der Weltproduktion aufnehmen gegenüber nur 50 Prozent vor dem Kriege. Vergleicht man die oben angeführten Zahlen über den Gummiverbrauch der amerikanischen Industrie mit den Einfuhrzahlen, so sieht man, daß sie sich fast vollständig decken, was eben bedeutet, daß die Vereinigten Staaten in bezug auf diesen für sie so wichtigen Rohstoff völlig von der Zufuhr aus England und Holland abhängen. Die Einfuhr von Rohgummi steht gegenwärtig an **viertes** Stelle in der amerikanischen Gesamteinfuhr und wird dem Werte nach nur von der Kaffee-, Seide- und Zuckereinfuhr übertroffen. Die Gummieinfuhr aus den englischen Kolonien nach den Vereinigten Staaten, die im Jahre 1919 zirka 62 Prozent der Gesamteinfuhr ausmachte, stieg im Jahre 1922 auf 72 Prozent. Infolge der weltwirtschaftlichen Krise in den Jahren 1920/21 ist der Gummiverbrauch stark zurückgegangen, es häuften sich große Vorräte an, die Preise gingen erheblich herunter, und zwar vielfach unter die Erzeugungskosten vieler Kautschukplantagen.

Von britischer Seite wurde damals der Versuch unternommen, ein einheitliches Vorgehen mit den niederländisch-indischen Plantagen zum Zwecke der künstlichen Einschränkung der Kautschukproduktion und der Preissteigerung zu erzielen. Dieser Versuch ist mißlungen, und die englische Regierung nahm im Jahre 1922 zu der Restriktion der Kautschukausfuhr aus den britischen Erzeugungsgebieten Zuflucht durch das sogenannte **Stevenson-Schema**. Dadurch wurden zunächst nur 60 Prozent der „Normalproduktion“ für die Ausfuhr freigegeben und erst nach einer entsprechenden Preissteigerung auf dem Weltmarkte sollte nach diesem Schema eine entsprechende Herauffekung der Ausfuhrquote erfolgen. Bis zum Frühjahr 1924 hat diese künstliche Einschränkung der britischen Kautschukausfuhr nur sehr wenig zur Preissteigerung beigetragen, denn die Erzeugung in den niederländisch-indischen Kautschukplantagen nahm erheblich zu und andererseits wurde der Bedarf teilweise aus den aufgehäuften Vorräten gedeckt. Während die Einfuhr des britischen Rohgummis nach den Vereinigten Staaten infolge der erwähnten Restriktion in den Jahren 1923/24 abnahm, ist die Einfuhr des niederländisch-indischen Rohgummis von 11 Prozent der amerikanischen Gummieinfuhr im Jahre 1919 auf 18 Prozent derselben im Jahre 1924 gestiegen. In diesem letztgenannten Jahre hat die niederländisch-indische Kautschukproduktion bereits 35,1 Prozent der Weltproduktion erreicht.

Infolge der starken Zunahme des amerikanischen Gummiverbrauchs setzte zu Beginn des Jahres 1925 eine Preissteigerung ein, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres in eine spekulative Gummihauße ausartete. Wie rapid die Preissteigerung vor sich ging, kann man daraus ersehen, daß der Londoner Gummipreis von 1 sh 9 d pro lb. am 1. Mai 1925 auf 3 sh 1 d am 1. Juni gestiegen ist und den **Höchststand** von 4 sh 6 d am 1. Dezember 1925 erklommen hat. In diese Monate fiel denn auch die außerordentliche Hauße der Gummiaktien an der Londoner und Amsterdamer Börse, wo diese Papiere an der Spitze marschierten. Die Gummihauße erzeugte eine starke Nachfrage nach Sterling- und Guldenweifen, erhöhte den Goldzufluß nach England und trug zur Festigung des Pfund Sterling bei.

Man schätzt den Nettoverdienst aus den kolonialen Gummiinvestitionen für Holland auf zirka 30 bis 40 Millionen Pfund Sterling und für England auf 60 Millionen Pfund Sterling pro Jahr. Es wird in diesem Zusammenhange vielfach hervorgehoben, daß England aus den effektiven Dollareinnahmen der britischen Gummiplantagen die Zins- und Amortisationszahlungen für die Kriegsschuld an Amerika, die jährlich etwa 37 Millionen Pfund Sterling betragen, leicht begleichen könne. Es wird aber dabei übersehen, daß der Erlös aus den Kautschukplantagen den Privatkapitalisten zugute kommt, während die Zahlungen an die Vereinigten Staaten vom britischen Staate aus den Steuererlösen geleistet werden müssen. Die hohen Gummi Gewinne müßten erst entsprechend weggesteuert werden, wenn die Last der Staatschuld durch den Erlös aus den Gummioperationen erleichtert werden soll. Auf jeden Fall aber verringern die Dollareinnahmen aus der britischen Gummiausfuhr die Gefahr, die der englischen Währung aus den jährlichen Zahlungen an Amerika erwachsen könnte.

Die Weltproduktion an Rohgummi wird im laufenden Jahre auf 600 000 bis 630 000 Tonnen geschätzt, gegen etwa 500 000 Tonnen im Jahre 1925, 421 000 Tonnen im Jahre 1924 und nur 108 000 Tonnen im Jahre 1913. Die Gummibilanz stellt sich nach den Schätzungen der „Financial Times“ im laufenden Jahre wie folgt (in 1000 Tonnen):

Produktion		Bedarf	
Malaga und Ceylon . . .	350	Vereinigte Staaten	400
Holländisch-Indien . . .	210	Deutschland	44
Anderer Plantagen . . .	40	Frankreich	38
Brasilien	27	Großbritannien	30
Anderer Wildkautschuk . .	7	Kanada	23
Zusammen 634		Japan	17
		Italien	14
		Anderer Länder	25
		Zusammen 591	

Nach dieser Schätzung steht Deutschland im Jahre 1926 an zweiter Stelle der Gummifonsumenten, wenn auch die Ausfuhr der deutschen Gummireifen hinter dem Vorkriegsstande noch erheblich zurückbleibt. Im allgemeinen hat der Gummiverbrauch in den letzten Jahren auch in den europäischen Ländern zugenommen, was eben auch zur Preissteigerung des Gummis beigetragen hat. Frankreich zum Beispiel hat seine Rohgummieinfuhr von 18 600 Tonnen im Jahre 1921 auf 40 513 Tonnen im Jahre 1924 gesteigert und die Einfuhr in den ersten zehn Monaten 1925 hat fast die Gesamteinfuhr im Jahre 1924 überschritten. Die Einfuhr nach Deutschland betrug in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres zirka 30 400 Tonnen, was erheblich höher war als die Gesamteinfuhr im Jahre 1924, die auf 23 470 Tonnen sich belief, Italien verdoppelte fast seine Rohgummieinkäufe seit 1921. Nach den Vereinigten Staaten beherrscht gegenwärtig Frankreich den Weltexport von Gummireifen. Folgende Angaben, die die amerikanische Zeitschrift „Commerce Monthly“ im Januarheft 1926 auf Grund der Schätzungen des amerikanischen Handelsministeriums und der Rubber Association of America zusammenstellte, geben Aufschluß darüber, wie man sich in Amerika die Entwicklung des Weltgummimarktes in den nächsten Jahren denkt.

Schätzung der Rohgummiproduktion und des Bedarfes in 1000 Tonnen

Jahr	Weltproduktion	Bedarf der Ver. Staaten	Konsum der übrigen Länder	Weltkonsum
1925	574	388	154	540
1926	606	412	163	575
1927	623	436	172	608
1928	633	460	181	641
1929	637	482	190	672
1930	641	504	199	703

Danach würde bereits im Jahre 1928 der vermutliche Weltverbrauch die Weltproduktion übertreffen.

Inzwischen trat jedoch zu Beginn dieses Jahres ein Umschwung auf dem Weltgummimarkt ein und es stellte sich heraus, daß die gegenwärtige Produktion den Bedarf erheblich übersteigt. Die Borräte weisen eine Zunahme auf und man nimmt daher an, daß sie am Schluß d. J. sich verdoppeln werden im Vergleich mit ihrem Stande Ende Dezember 1925. Die Exportquote der britischen Erzeugungsgebiete ist nach dem oben erwähnten Stevenson-Schema am 1. Februar d. J. bereits auf 100 Prozent heraufgesetzt worden. Infolge der hohen Gummipreise am Schluß des verflossenen Jahres hat die amerikanische Industrie ihre Käufe ziemlich eingeschränkt. Andererseits wirkt sich die europäische Wirtschaftskrise ebenfalls in einer Einschränkung der Nachfrage nach Gummi aus. Es wird auch verschiedentlich in der englischen Fachpresse hervorgehoben, daß namentlich Deutschland infolge der Kredit Schwierigkeiten seinen Bedarf an Rohgummi nicht decken könne. Alle diese Momente haben nun eine Abwärtsbewegung des Gummipreises bewirkt, so daß der Londoner Gummipreis Mitte Februar 1926 gegenüber dem Höchststande von Mitte Dezember 1925 um 42 Prozent gesunken ist. Es wird jedoch angenommen, daß ein Durchschnittspreis von 2 sh 6 d pro lb., wie er Mitte Februar in London zu verzeichnen war, den meisten Plantagen immer noch einen sehr hohen Gewinn sichert. Die hohen Gummipreise brachten es mit sich, daß der Wert der amerikanischen Gummieinfuhr von 158,3 Millionen Dollar im Jahre 1924 auf 354,6 Millionen Dollar im Jahre 1925, das ist um 124 Prozent gestiegen ist, während mengenmäßig die Gummieinfuhr gleichzeitig nur um 18 Prozent zugenommen hat. Hierin ist die Ursache der amerikanischen Protestaktion gegen das englische Gummimonopol zu suchen. Der amerikanische Propagandafeldzug gegen das englisch-holländische Gummimonopol wurde vom Handelssekretär Hoover selbst in seiner auch im Auslande viel beachteten Rede gegen die Rohstoffmonopole eingeleitet. Um den amerikanischen Gummimarkt unabhängiger von England zu machen, hat die Rubber-Association of America die Anlegung von Kautschukplantagen unter amerikanischer Kontrolle auf Sumatra und den Philippinen vorgeschlagen. Es sind auch Pläne aufgetaucht, innerhalb der Vereinigten Staaten selbst, nämlich in Süd-Louisiana eine Kautschukindustrie zu schaffen.

Das vor kurzem zustandegewonnene holländische Syndikat, das als Verkäufer eines Einkaufs- und Verkaufskartells der Kautschukplantagen in Niederländisch-Indien gedacht ist, bedeutet ebenfalls einen Schlag gegen die britische Vormachtstellung auf dem Kautschukmarkt. Einige größere amerikanische Kautschukkonsumenten sollen bereits durch eigene Plantagen auf

Sumatra einen erheblichen Teil ihres Bedarfs decken. Im allgemeinen nimmt die amerikanische Fachpresse an, daß nach Ablauf des nächsten Jahres fünft die Vereinigten Staaten im Falle der Verwirklichung der aufgetauchten Plantagenprojekte in der Deckung ihres Gummibedarfs die bisherige Abhängigkeit von England gebrochen haben werden.

Hemmungen für die Krisenüberwindung

Lony Sender

Die Folgen der schweren Wirtschafts- und Deflationskrise lasten so ungeheuer schwer auf den breiten Massen des deutschen Volkes, daß man alle Ursache hat, nachzuprüfen, wie sich die Geschäftsgebarung der Industrie sowohl wie die Wirtschaftspolitik der Reichsstellen verhält, um die Dauer der Krise nach Möglichkeit abzukürzen und sobald als möglich diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die zu ihrer Überwindung unerlässlich sind.

Die lange Zeit der Inflation hatte in Deutschland jegliche gewissenhafte Methode der Selbstkosten- und Preiskalkulation zunichte gemacht. Aber auch die Zeit der Stabilisierung brachte uns nicht normale Kalkulationsmethoden zurück, noch immer wurden unverdrossen weiter erhebliche Risikoprämien berechnet; die Tatsache der Kreditknappheit erzeugte hohe Kreditkosten und verursachte darüber hinaus einen erheblichen Zinszuschlag in den Preisberechnungen. Nun ist es aber höchste Zeit, die Frage aufzuwerfen, ob wirklich eine in schwerer Krisis befindliche Wirtschaft sich weiter derart großzügige Kalkulationsmethoden leisten darf. Schon wird von Unternehmerseite, allerdings in erster Linie von Seiten der Fertigindustrie zugestanden, daß wir nicht nur eine Übersehung der Betriebe, sondern ebenso ein übergesetztes Preisniveau in Deutschland haben. Seine Ursache liegt keineswegs etwa in hohen deutschen Löhnen, denn noch immer bleibt Deutschlands Lohnniveau weit hinter dem der hauptsächlich industriellen Konkurrenzländer zurück. Da für das gesamte Preisniveau einer Volkswirtschaft bestimmend sind die Preise für die wichtigsten Urstoffe, sei zunächst einmal die Frage nach dem **Stand des deutschen Kohlenpreises** aufgeworfen. Der deutsche Bergbau hat eine Herabsetzung seiner Preise unter Hinweis auf seine Erzeugungskosten unterlassen. Die Folge war eine erzwungene Zurückhaltung der Verbraucher, um so mehr, als auf dem Weltmarkt eine Abwärtsbewegung als Ausdruck der internationalen Kohlenkrise eingetreten war. Und der Bergbau selbst erntete keinerlei Erfolg dieser Preispolitik. Waren doch die Bestände Ende des letzten Jahres bei Steinkohle im Ruhrgebiet fast auf die Menge einer Monatsförderung angestiegen, bei Koks nahezu einer doppelten Monatserzeugung. Dadurch wurde aber nicht nur Kapital zum Erstarren gebracht, sondern es traten durch die Lagerungsverluste auch direkte Einbußen ein. Zeugt dieser Umstand schon von einer auffälligen Kapitalkraft des Bergbaus in der Zeit allgemeiner Illiquidität, so ist eine andere Tatsache noch bedenklicher: Man unternahm Versuche zur Liquidierung der Lager, indem man versuchte, nach dem Ausland unter Inlandpreis zu verkaufen. Nicht nur hatte dies zur Folge, daß Frankreich und Belgien sich gegen die Einfuhr deutscher Kohle auf anderem Wege als dem der Reparation zu schützen suchten, sondern es wurde vor allem dadurch der deutsche Kohlenverbraucher ungünstiger gestellt, als sein aus-

ländischer Konkurrent, der ja deutsche Kohle zu billigerem Preise erwerben konnte. Eine Preispolitik, wie man sie sich kurzichtiger kaum denken kann; wird doch durch diese Schädigung des deutschen Kohlenverbrauchers die Gefahr einer weiteren Verminderung des Inlandsabsatzes heraufbeschworen, so daß solche Dumpingmaßnahmen sich schließlich an denjenigen selber rächen müssen, die sie anwenden. Diese Methoden des deutschen Bergbaues aber müssen um so mehr befremden, als gerade in den letzten Monaten von deutscher Seite, auch im Parlament, immer wieder auf die englische Kohlen-subvention und das durch sie betriebene Dumping hingewiesen worden war, ja sogar Maßnahmen dagegen verlangt wurden, während doch der deutsche Bergbau nicht davor zurückschreckte, zur gleichen Zeit echtes Dumping zu betreiben.

Aber prüfen wir auch einmal, ob es wirklich lediglich die staatliche Kohlen-subvention ist, die den niedrigeren Stand der englischen Kohlenpreise verursachte. Ein Vergleich zwischen den deutschen und ausländischen Kohlenpreis-herabsetzungen zeigt: Fettsförderkohle ist in Deutschland 8 Pf. billiger, als im Oktober 1924, englische Fettsförderkohle ist bis Mitte des Jahres 1925 um 3 Mk. billiger geworden und erst später unter dem Einfluß der Subvention um noch weitere Mark. Die hauptsächlichste Preisherabsetzung war also bereits vor dem Einfluß der staatlichen Zuschüsse erfolgt.

Deutscher Gießereikoks ist zurzeit 2 Mk. billiger als im Oktober des Jahres 1924, englischer Gießereikoks dagegen war bereits vor Gewährung der Regierungszuschüsse 4 Mk. billiger als Ende 1924 und ist nach der Sub-vention um 7 Mk. billiger geworden. So gelang es dem deutschen Bergbau dank seines festen Zusammenschlusses, seine Preise unabhängig vom Weltmarkt zu bilden und sie dadurch in einer für die verarbeitende Industrie Deutschlands verderblichen Höhe zu halten.

Das trat zunächst bei dem wichtigsten Rohstoff für die Erzeugung ein. An volkswirtschaftlicher Bedeutung folgt der Kohle unmittelbar das Eisen. Hier hat das Zusammenwirken von Zoll und Kartell ähnliche Unabhängigkeit vom Weltmarkte geschaffen. Immer wieder hatten wir vor Verabschiedung des neuen Zolltarifs darauf verwiesen, wie gerade der Eisenzoll treibhausartig das Entstehen von Kartellen und ähnlichen Zusammenschlüssen fördern müsse. Das ist denn auch prompter eingetreten, als es sich die größten Pessimisten vorstellen konnten. Seit Verabschiedung des Zolltarifs haben sich rasch der bereits 1924 gegründeten Rohstahlgemeinschaft die weiteren Kartelle zur Seite gestellt, so daß tatsächlich heute mit Ausnahme der Feinblechwalzwerke vom Roheisen bis zum Fertigisen alles restlos in Kartellen zusammen-geschlossen ist. Darf es da wundern, daß alsbald nach dieser Zusammenschluß-bewegung die im Juli am Eisenmarkt erfolgten Preisherabsetzungen wieder rückgängig gemacht wurden?

Demgegenüber hat die englische Eisenindustrie im vergangenen Jahre eine Preisherabsetzung um 15 Prozent vorgenommen und dadurch eine Wiederbelebung des Geschäfts bewirkt. Durch die Entwertung des franzö-sischen Franken rief die Konkurrenz der französischen Eisenindustrie eine weitere Preisherabsetzung in England hervor, und dieser ganzen Preisbewe-gung auf dem Weltmarkte konnte sich die deutsche Schwerindustrie entziehen, weil sie ja die Waffe hohen Zollschatzes in die Hand bekommen hat.

Vor dem Kriege kostete Stabeisen in England 46 Prozent mehr, jetzt nur 13 Prozent mehr als in Deutschland. Berücksichtigt man aber, daß der englische Preis in Siemens-Martin-Qualität festgesetzt ist, der in Deutschland um etwa 10 Mk. pro Tonne höher als Thomaseisen bewertet wird, so haben jetzt die deutschen Stabeisenpreise ungefähr die Höhe der englischen erreicht. Das folgende Bild zeigt uns die interessante Entwicklung der Preise für Stabeisen in Deutschland, England und Europa:

Datum	Deutscher Stabeisenpreis frei Oberhausen	Engl. Stabeisenpreis frei Middlesborough	Europäischer Eisenausfuhr- preis sob Antwerpen
1913	108,50 Mk.	159/6 sh.	ca. 103/- sh.
Januar 1925 . . .	135,— "	180/- "	120/- "
Dezember 1925 . .	134,30 "	152/6 "	104/- "
Preisabbau 1925	0,70 Mk. = 0,5 %	27/6 sh = 27,50 Mk. = 15 %	16/- sh. = 16,— Mk. = 13 %
Dezember 1925 . .	123 % v. 1913	1913 = 100 95 % v. 1913	100 % v. 1913

Deutscher Eisenpreis = 100

1913	100	146	95
Januar 1925 . . .	100	133	89
Dezember 1925 . .	100	113	77

Daraus geht unzweideutig hervor, daß Deutschland den Preisbewegungen des europäischen Marktes in keiner Weise zu folgen genötigt war. Und dies zum schweren Schaden der deutschen Volkswirtschaft, denn in der zweiten Jahreshälfte 1925 blieb die deutsche Erzeugung immer stärker zurück.

Und wenn auf dem Roheisenmarkt die Lage etwas günstiger war, so ist dies darauf zurückzuführen, daß englisches Eisen bei geringen Preisermäßigungen schon die Zollschranken überspringen konnte, weil ja der Zoll auf die deutschen Inlandspreise voll aufgeschlagen wurde.

Wenn auch durch ein internes Abkommen zwischen der eisenerzeugenden und eisenverarbeitenden Industrie ein gewisser Ausgleich für die Benachteiligung in der Eisenversorgung ausschließlich für die Ausfuhr durch Lieferung von Eisen zu Weltmarktpreisen geschaffen ist, so bleibt doch die markante Tatsache zu verzeichnen, daß sich die deutsche Preisbildung auch auf dem Eisenmarkt — ebenso wie im Kohlenbergbau — der freien Preisgestaltung und der Wirkung der Gesetze von Angebot und Nachfrage zu entziehen vermochte. Wie aber soll bei solch starrer Preisbildung die deutsche Wirtschaft sich aus der schweren Krise emporarbeiten und sich auf dem Weltmarkt behaupten können?

Niemals jedoch hätte sich ein so vollkommener Zusammenschluß vollziehen, niemals diese Unabhängigkeit vom Weltmarkt erreicht werden können, wäre nicht im Zoll dafür die Voraussetzung geschaffen worden. Darum machen wir das Kabinett Luther und die Zollparteien des letzten Sommers mit verantwortlich für die Verschärfung und die lange Dauer der Krise. Und es war wohl im Bewußtsein dieser Schuld, daß bald nach Verabschiedung des Zolltarifs von der Regierung mit so viel Klage der Preisabbau und der scharfe Kampf gegen die Kartelle angekündigt wurde. So viel volkswirtschaftliche Kenntnisse aber dürften auch von einer verantwortlichen Regierung vorausgesetzt werden, um zu wissen, daß nicht mit Androhung von polizeilichen Strafen der Verzicht auf die durch ihre eigenen Maßnahmen ermög-

lichten Extraprofite erreicht werden kann. Beseitige man den Zoll und der scheinbar so feste Kitt der Kartelle wird rasch zerbröckeln.

Daß aber daran die Regierung nicht im entferntesten denkt, das beweist sie am deutlichsten in ihrer Handelspolitik. Schon im zweiten Jahre gehen die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und man kann sich zuweilen des Eindrucks nicht erwehren, daß man auch auf deutscher Seite nicht ganz unschuldig ist an dieser langen Hinauszögerung. In diesen Tagen wurde ein dreimonatiges Provisorium mit Frankreich abgeschlossen, das Zollerleichterungen für einige französische landwirtschaftliche Produkte und gewisse deutsche Industrieerzeugnisse vorsieht. Während aber die offiziellen Verhandlungen für den Abschluß eines definitiven Handelsvertrages zwischen den beiden Staaten nicht weiterschreiten wollen, sehen wir, daß sich kürzlich die deutschen und die französischen Schwerindustriellen wieder zusammengesetzt haben, um eine neue Verständigung herbeizuführen. Die Regierung ist über diese Verhandlungen unterrichtet, aber sie hütet sich, das Parlament trotz erfolgter Anfrage zu unterrichten. Anscheinend soll wieder, genau wie bei den vorjährigen Verhandlungen, eine vollendete Tatsache geschaffen werden. Man wird wohl nicht fehlgehen in der Erwartung, daß die deutschen Eisenerzeuger wieder zu einem Kontingentzugeständnis gelangen werden, vielleicht in geringerer Höhe als im vergangenen Jahre, und daß sich auf irgend eine Weise die deutsche eisenschaffende Industrie den Zoll sichern wird. Ist es doch selbstverständlich, daß, sofern Interessenten verhandeln, sie auch ihre eigenen Interessen bestens wahrnehmen. Und gerade die Leute aus der Schwerindustrie hatten uns doch schon genügend Beweise geliefert, daß volkswirtschaftliche Momente für sie dabei keinerlei Rolle spielen.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus gesehen, hat die deutsche Wirtschaft alles Interesse daran, die Regierung an ihre Zusage zu erinnern, daß die Zölle nur ein Verhandlungsinstrument sein sollen, um mit ihrer Hilfe Zollermäßigungen vom Ausland zu erreichen. So muß doch auch der Eisenzoll ein solches Verhandlungsinstrument darstellen. Wie kann da eine verantwortungsbewußte Regierung zu so schwierigen Handelsvertragsverhandlungen wie die mit Frankreich gehen, indem sie vorher den wichtigsten Teil ihres Verhandlungsinstruments aus der Hand gibt? Die Regierung hätte die Pflicht, gerade den Gesichtspunkt bei ihren Verhandlungen ins Zentrum zu rücken, daß Frankreich seine infolge der Loslösung von Elsaß-Lothringen von Deutschland sehr gesteigerte eigene Eisen- und Stahlproduktion unbedingt zum erheblichen Teil exportieren muß und daß dieser Zwang für Frankreich in den Verhandlungen ein außerordentlich wichtiger Faktor ist, mit dessen Hilfe man bestrebt sein müßte, für die deutsche Ausfuhr Zugeständnisse von der französischen Regierung zu erreichen. Diese beste Karte aber gibt die deutsche Regierung aus der Hand und spielt sie in die Hände derer, die sie zu ihrem Eigennutz und gegen das deutsche Volk verwenden.

Diese Methode, angewandt zu einer Zeit schwersten sozialen Elends und Drucks, da Millionen in Deutschland hungern müssen, wird zu einem unerhörten Skandal. Dieselben Vertreter der schweren Industrie, die im Reichstag sich gegen jegliche Erhöhung der ungenügenden Erwerbslosenunterstützung wenden, tun in ihrem Egoismus und ihrer Profitsucht alles, um diese Arbeitslosennot noch weiter zu verlängern. Und die Regierung beugt sich der Macht

der Privatwirtschaft. Es wird höchste Zeit, daß das arbeitende Volk sich aufbäumt gegen diese souveräne Art, leichtfertig mit dem Schicksal von Millionen zu verfahren. Nicht nach ihren schönen Redensarten, sondern nach ihren Taten haben wir Regierungen zu beurteilen — und diese schreien zum Himmel.

Probleme der Wirtschaftsdemokratie

F. Petrich (Gera)

So sehr die Bedeutung und die Tragweite der Novemberrevolution auch angezweifelt werden mögen, fest steht eines: daß sie die deutsche Arbeiterklasse vor die geschichtliche Aufgabe der Verwirklichung ihrer Ziele stellte. Die Lösung der Aufgabe mißlang. Je objektiver und ernsthafter wir nach den Ursachen fragen, desto besser für die proletarische Bewegung. Die Tatsache der Spaltung des Proletariats wird immer in erster Linie zu nennen sein, der Mangel an theoretischer und organisatorischer Schulung sind gleich danach zu nennen. Dr. Cassau rückt in einem interessanten Buch* über die Gewerkschaftsbewegung folgende Momente in den Vordergrund:

„Erstens: eine vollkommene Sterilität des sozialistischen Gedankens. Die sozialistische Ideologie hatte sich stets auf die Erforschung der großen Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft beschränkt und die Erörterung der organisatorischen und soziologischen Probleme dieser neuen Großwirtschaft vermieden. Sie war jetzt Jahre hindurch an allen Anregungen vorbeigegangen und besaß aus diesem Grunde nicht die Stoßkraft, die zum Erfolge nötig ist. Zweitens: Es fehlten nicht nur die Wirtschaftsführer, die wagen konnten, wirtschaftliche Neuorganisationen in die Hand zu nehmen, sondern es ergab sich noch eine weitere Schwächung: die Gewerkschaften wurden durch die allgemeine Abwendung vom Politiker plötzlich moderne Machtfaktoren der Politik, und sie kannten im Grunde das Ganze der Wirtschaft nicht, sondern sehen nur einen kleinen Teilausschnitt, die Lohnpolitik und ihre Nachbargebiete. So hatten sie jetzt die Macht auf einem Gebiete, das ihnen sachlich und menschlich unbekannt war. Der Unternehmer wie der alte Beamte imponierten ihnen jeder auf seine Weise durch die Sicherheit, mit der sie sich in dieser ihnen fremden und schwierigen Sphäre bewegten.“

Wer sich der Ereignisse von vor sieben Jahren erinnert, wird zugeben müssen, daß Cassau das Richtige trifft. Hinzu kommt als besonders charakteristisch, daß der auf Sozialisierung gerichteten proletarischen Bewegung in dem Augenblick des Rückgrat gebrochen war, als die Zentralarbeitsgemeinschaft abgeschlossen wurde. Damals ist praktisch im größten Ausmaße der Anfang mit der „Wirtschaftsdemokratie“ gemacht worden: Arbeiter und Unternehmer sollten sich im Produktionsprozeß als Gleichberechtigte gegenüberstehen. Aber das war ja eine grobe Täuschung, eine Illusion, die dem wirklichen Gang der Dinge nicht standhalten konnte. Heute ist es zu einem Gemeinplatz geworden, daß die kapitalistischen Wirtschaftsmachthaber diesen Pakt der „Wirtschaftsdemokratie“ nur abschlossen, als sie sich in tiefster Ohnmacht befanden. Die Zentralarbeitsgemeinschaft wurde für sie nicht der Anfang einer wirtschaftsdemokratischen Ära, sondern der Ausgangspunkt neuer Machtgewinnung und Machtsteigerung. Wir sagen das nicht, weil wir etwa

* Die Gewerkschaftsbewegung. Ihre Soziologie und ihr Kampf von Dr. Theodor Cassau. Halberstadt, G. Meyers Buchdruckerei. 1925. 355 S.

Revolutionserinnerungen für angebracht halten, sondern deshalb, weil die Erfahrungen mit der Zentralarbeitsgemeinschaft für die Beurteilung des Problems der Wirtschaftsdemokratie von der größten Bedeutung sind. Die Zentralarbeitsgemeinschaft liegt hinter uns, sie hat ihre Gegner und ihre Freunde gehabt, aber die objektiven Ergebnisse, die sie gezeitigt hat, sind geistig noch nicht hinreichend bearbeitet.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft bestand neben der Sozialisierungsbewegung; sie entsprang aber keineswegs gründlicher gesamtwirtschaftlicher Orientierung, sonst wäre sie, wenn schon abgeschlossen, zu anderen Bedingungen eingegangen worden: die Gewerkschaften hätten sich konkrete Sicherheiten für die Zukunft geschaffen. Das geschah nicht. Man vertraute allzu sehr dem demokratischen Gedanken. Diese Gutgläubigkeit, von der Gegenseite strupellos mißbraucht, war ein schwerer Fehler. Die Zentralarbeitsgemeinschaft gehört der Vergangenheit an. Von der Sozialisierungs- und Rätebewegung sind wir zu der bescheidenen Einrichtung der Betriebsräte gelangt. Die skizzierte Linie zeigt jedem Kundigen die Wellenbewegung, das Auf und Ab der Arbeiterbewegung: der beispiellosen Machtfülle in den Jahren 1918/19 folgt der Abstieg, das Vordringen der Konterrevolution, deren Höhepunkt indes überschritten ist. Wir haben Zeit gefunden zur Sammlung der proletarischen Kräfte und es sind auch Ansätze vorhanden, sich Rechenschaft zu geben über das, was war, und das, was werden soll. Wir wissen, daß es kein Zurück mehr, sondern nur noch ein Vorwärts gibt. Der Nur-Lohnstandpunkt, der gewerkschaftliche Inhalt einer überholten Periode, ist überwunden. Dazu gehört allerdings als erstes Erfordernis, daß über den Begriff der Wirtschaftsdemokratie, mit der sich auch der 12. deutsche Gewerkschaftskongreß in Breslau eingehend beschäftigte, grundsätzliche Klarheit geschaffen wird. Die Referate sowie die Diskussion auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß haben wertvolle Anregungen gegeben.

Prof. Hermsberg hat in seinem Schlußwort wichtige kritische Bemerkungen zum Problem der Wirtschaftsdemokratie gemacht; er sagte u. a.:

„Wir befinden uns im ausgesprochenen Kapitalismus, in einer Zeit ausgesprochen kapitalistischer Wirtschaft, und von einem Übergang ist noch ungeheuer wenig zu merken. Hieraus folgt wohl auch die verschiedene Stellung zur Wirtschaftsdemokratie, Betriebsdemokratie usw. sowie vor allen Dingen der für mich etwas eigenartige Streit über die Frage, ob es denn eine Wirtschaftsführung gibt. Betriebsdemokratie ist keine Wirtschaftsdemokratie. Betriebsdemokratie und Wirtschaftsdemokratie sind ganz verschiedene Dinge, die wir unbedingt auseinanderhalten müssen.“ Dann führt Hermsberg weiter aus: „Die große Last, die wie ein Fluch auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung drückt, besteht darin, daß der Produzent von seinen Produktionsmitteln getrennt worden ist, daß auf der einen Seite der Produktionsmittelbesitzer und auf der andern Seite die Menge der produktiven Arbeiter steht, denen die Produktionsmittel nicht gehören. Nun ist es sehr naheliegend, daraus den Schluß zu ziehen: Zur Beseitigung dieser Schwierigkeit ist es notwendig, die Produktionsmittel wieder den Produzierenden in die Hände zu geben, damit die im Betrieb Arbeitenden wieder über den Betrieb verfügen. In kraftester Form bedeutet das, wie Sie wissen, Syndikalismus; in abgeschwächter Form heißt es Betriebsdemokratie. Es ist nicht Ziel der Gewerkschaften und des Sozialismus, irgendeinen derartigen Zustand herbeizuführen, gerade weil wir keine Wirtschaftsführung haben und weil der Anteil am Betriebe noch keineswegs besagt, daß ich an der Wirtschaftsführung beteiligt bin.“

Die Unterscheidung zwischen Betriebsdemokratie und Wirtschaftsdemokratie ist wohl am Platze und es ist nicht minder wichtig, mit dem Problem der Wirtschaftsdemokratie die Frage der Wirtschaftsführung zu verbinden, womit erreicht wird, daß wir nicht in den Details der Wirtschaft stecken bleiben und folgenschwere Fehler begehen, sondern die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit sehen. Auf diese bedeutungsvollen Zusammenhänge haben allerdings die Sozialisierungstheoretiker (Kautsky, Bauer, Hilferding, Lederer usw.) schon eindringlich hingewiesen und es ist an der Zeit, zur theoretischen Vertiefung der Erörterungen über Wirtschaftsdemokratie auf die reiche Sozialisierungsliteratur zu verweisen, über die wir verfügen. Dann wird sich zeigen, daß wir die Grundfragen der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsumwälzung vor uns haben. Die Terminologie wechselt mit dem Wechsel der Situation, verändert sich mit der Veränderung der Klassenmachtverhältnisse und der Modifizierung der proletarischen Tagesaufgaben, der Kern ist und bleibt aber stets der gleiche: Verwirklichung des Sozialismus.

Die Gefahr des Syndikalismus, die Prof. Hermsberg in Breslau streifte, halten wir in Deutschland nicht für gegeben. Zudem hat der Syndikalismus, soweit er ernsthaft über den bloßen Lohnstandpunkt hinausstrebt, durch den Gildensozialismus, der mit dem Problem der Wirtschaftsdemokratie aufs innigste verknüpft ist, einen bedeutsamen Wandel erfahren. Viel größer scheint uns die Gefahr zu sein, die Betriebsdemokratie, ein gewisses Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft in den Betrieben als Wirtschaftsdemokratie zu betrachten. Dazu ist folgendes zu bemerken: Es ist falsch und irreführend, automatisch von der politischen Demokratie auf Demokratisierung der Wirtschaft schließen zu wollen. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse in den Ländern des angloamerikanischen Kapitalismus, in jenen Ländern mit der ältesten und am konsequentesten durchgeführten politischen Demokratie, ist die schlagendste Widerlegung dieses Trugschlusses. Die politische Demokratie, von einer starken und zielklaren Arbeiterklasse gehandhabt, kann zu einem bestimmten Zeitpunkt die wirtschaftliche Demokratie außerordentlich fördern und beschleunigen, aber die Bedingungen für die Verwirklichung der Demokratie sind im Wirtschaftlichen ganz andere als im Politischen. Die politische Demokratie berührt in der Hauptsache das staatliche Leben — die wirtschaftliche Demokratie bedeutet hingegen viel mehr, sie hat den ökonomischen und gesellschaftlichen Inhalt zum Gegenstande, betrifft den wirtschaftlichen System- und Besitzwechsel. Mitbestimmungsrecht im Betriebe ist von wirklicher Wirtschaftsdemokratie, die in der wirtschaftlichen Gleichberechtigung und Gleichstellung aller wurzelt, weit entfernt. Wirtschaftsdemokratie im wahren Sinne des Wortes ist unter der Herrschaft des Kapitalismus unmöglich, und zwar deshalb, weil die Beteiligten sich in krasser Ungleichheit, als Ausbeuter und Ausgebeutete gegenüberstehen. Wirtschaftsdemokratie, die mehr sein soll als eine Illusion, setzt deshalb eine sozialisierte Wirtschaft, die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln voraus. Daran muß strikte festgehalten werden.

Es tut not, die kapitalistische Wirklichkeit etwas nüchterner zu sehen und ein wenig mehr dialektisch zu denken. Wir sehen auch, wie die Gewerkschaften und die Betriebsräte sich Positionen geschaffen haben, wie die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Errungenschaften im Arbeitsrecht festgelegt werden, wie

unablässig starke Kräfte am Werke sind, der kapitalistischen Machtpolitik den Boden zu schmälern. Aber auf der andern Seite sehen wir geradezu gigantische Anstrengungen desselben Kapitalismus, durch immer weitere Vervollkommnung seiner Organisationsform alle sich herausbildenden sozialen Ansätze zu erdrücken, die Alleinherrschaft in der Wirtschaft zu verewigen. Und besehen wir die Sache ganz objektiv: Was ist materiell wirklich erreicht? Ist der Reallohn, der Ausdruck des ökonomischen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit gestiegen? Hat die Kapitalistenklasse schon Wesentliches von ihrer wirtschaftlichen Macht abtreten müssen? Bestehen Aussichten, daß dies in naher Zukunft als Zugeständnis an die Wirtschaftsdemokratie, im Sinne des „Prinzips der Ebenbürtigkeit“ geschehen wird? Geben wir uns keinen Täuschungen hin. Mit optimistischen Betrachtungen und rosenroten Perspektiven ist uns nicht gedient. Alles das, was uns heute in den schönsten Farben als Wirtschaftsdemokratie geschildert wird, ist noch nicht einmal Betriebsdemokratie, sind Anfänge, Vorläufer der Wirtschaftsdemokratie, die nun einmal auf dem Boden des Kapitalismus, wenn wir die Gesamtwirtschaft ins Auge fassen, nicht möglich ist. Kapitalismus und Demokratie sind auf dem Gebiete der Wirtschaft unvereinbare Gegensätze, sofern man nicht nur an Einzelheiten und Außerlichkeiten hängen bleibt, sondern die Besitz- und Eigentumsfrage in ihrer ganzen entscheidenden Bedeutsamkeit erkennt.

Es hängt in der gegenwärtigen Situation außerordentlich viel davon ab, die Probleme und die Aufgaben richtig zu sehen. Die objektiven Begingungen für die Verwirklichung des Sozialismus sind durch den Entwicklungsgrad der kapitalistischen Wirtschaft gegeben. Worauf es jetzt und künftig ankommt, ist: im Proletariat die subjektiven Kräfte zu entwickeln, die fähig und stark genug sind, den Sozialismus wirtschaftlich zu verwirklichen. Eine Aufgabe, von deren Lösung das Schicksal des Sozialismus abhängt. Eine Aufgabe, mit der das Problem der Wirtschaftsdemokratie aufs innigste verknüpft ist. Mitbestimmungsrecht in den Betrieben ohne Einfluß auf die Gestaltung der Gesamtwirtschaft ist weit entfernt von Wirtschaftsdemokratie. Wirtschaftsdemokratie wird erst sein, wenn Gemeinwirtschaft ist, wenn die gesamte Wirtschaft wirklich nach den Grundsätzen und den Bedürfnissen der Gesellschaft geführt wird. Das setzt ein Proletariat voraus, dessen geistige und moralische Kräfte stark genug sein müssen, an die Stelle des bankrotten Kapitalismus wirklich eine höhere und vollkommenere Ordnung der Dinge zu setzen.

333

333

333

Die Nachbarschaft von Mensch und Maschine

Christian Schmitz (Köln)

Die Naturtransformation in Wirtschaftsgüter geschieht durch kombinierte Arbeit von Maschine und Mensch. Ist ihre gegenwärtige Zusammenarbeit harmonisch?

Die Maschine ist eine intelligente, verwickelte Werkzeugverbesserung des Menschen. Energie und Material bewältigt sie mit kolossaler Kraft. Die Kraft des kleinen Fingers kann an ihr die größte Kraftwirkung auslösen und Güter in Masse erzeugen. Die Prosa des Nädergebraus hat damit die Poesie des Handwerksstils ausgelöscht.

Ein Nagelschmied macht in acht Stunden vierhundert Brettnägel. Eine doppelte Drahtstiftmaschine in derselben Zeit dagegen sechshundneunzigtausend. Ein Glasbläser

erzeugt in acht Stunden einhundertfünfundsiebzig Flaschen. Eine Glasblasemaschine in derselben Zeit dagegen fünftausend.

Leichte Massenproduktivität ist ihr Vorzug, Einseitigkeit ihr Nachteil. Die Arbeitsgerstückelung, Atomisierung der Arbeit, ist durch sie endgültig beschlossen worden. Nur Feilen, Einzelabschnitte aus dem Gesamtherstellungsprozeß des Produkts kann sie verrichten. Nur die gleiche, engumschriebene Arbeitsweise. Alle in hundertsachen Abdrücken hergestellten Arbeits„stücke“ sind alle gleich millimetergenau gerade oder rund. Die Überlegenheit der Maschine über die menschliche Arbeitsfähigkeit beruht also auf ihrer viel präzisieren, exakteren, schnelleren, kraftvolleren, nie ermüdenden Arbeitsbefähigung und Arbeitsleistung. Weil der Mensch da nicht mehr mit kommt, wird die Arbeit immer mehr seiner formenden Hand entzogen. Gestaltungsmöglichkeit hat der Arbeiter keine mehr. Heute ist zwar noch nicht alle Arbeit maschinell reguliert. Die wirtschaftliche Zukunft gehört aber der Maschine trotzallem.

Der Mensch hat heute nur die Aufgabe, mechanisch den Gang einzurücken, Handgriffe einzustellen, Gang auszurücken, neu aufzuspannen und so in gleichem Tempo fort. Dies alles aber in auf Bruchteilen von Minuten berechneter und kontrollierter Form. Die meisten Arbeiter werden dadurch der Initiative des eigenen Handelns entzogen. Kellner, Diener sind sie. Der Persönlichkeitsdrang erstickt. Als Person kann er sich in der mechanischen Betriefflichkeit nicht zeigen. Er ergänzt ja nur die Maschinenfunktion durch bestimmte, immer dieselben Handlungen, Handreichungen. Sonst geht die Maschine weiter ihren eigenmächtigen Gang, nur zeitweilig die Forderung nach Reinigung, Schmierung und Beschädigung erhebend. Der Mensch wird dadurch wider seine Eigenschaft als organisches Lebewesen zum Maschinenteil. Beim Automaten, bei dem mehrere Maschinen verknüpft sind, bleibt dies gleich.

Die Tätigkeit des Arbeitsmenschen wird durch diese Handgriffleier monoton. Trotzdem ist höchstangespannte Aufmerksamkeit erforderlich. Das Arbeitsstück könnte sonst kurz, die Maschine beschädigt und die Unfallgefahr größer werden. Die Belastung des Menschen mit Monotonie erzeugt Langeweile, mit Aufmerksamkeit Müdigkeit. Beides bewirkt zusammen primär ein unerträgliches Unbehagen, Arbeitsunlust, sekundär eine vorzeitige konstitutionelle Erschöpfung des Gesamtkörperzustandes oder wenigstens wichtiger Organsysteme. Bei langer Arbeitszeit wirkt sich dies aus als teuflische Selbstschädigung und führt konsequenterweise zum Selbstmord.

Die hundert gleichen täglichen Handgriffe beanspruchen auch hundertmal nur die gleichen, keine anderen Muskelfasern und Nervenfasern. Mit der Zeit bilden sie sich von Tag zu Tag nicht mehr zurück. Der Erholungszwischenraum von Werktag zu Werktag ist zu gering. Kleinste Ermüdungsreste bleiben zurück, die im Verlauf der Jahre eine schleichend sich vollziehende Abnützung oder Arbeitsunfähigkeit hervorrufen. Mit dem Eintreten in die vierziger Jahre nimmt deshalb auch oft die Leistungsfähigkeit rapide ab. Die Berufskrankheitsstatistiken beweisen zur Genüge die zermürbende Auswirkung der modernen Arbeitsprozeßintensität auf das Zellmaterial des Fabrikmenschen.

Die kapitalistische Pluswertmacherei läßt die Maschine formen ohne Berücksichtigung der feineren psychischen Eigenschaften ihres Benutzers, des Arbeiters. Erst kommt der goldene Perlendaniel des Unternehmers, die kaufmännische Berechnung. Kalkulierende Mathematik und Naturwissenschaft baut dann das Maschinengefüge. Andere Gesichtspunkte werden als unrentabel, überflüssig verworfen. Der Be„diener“ muß sich dann der konstruktiven Eigenart anpassen. Der Rhythmus des Menschen zerschellt an dem Tempo der Maschine. Ihre quälend monoton wirkende Bewegungsform verhindert eine Rhythmisierung der Arbeit. Oft liegt es daran, daß die Geschwindigkeit der Aufeinanderfolge der Maschinenbewegung zu groß oder unregelmäßig ist, oder zu langsame Gangart kann die einzelnen Eindrücke nicht mehr vereinigen zu einer einheitlichen Rhythmusgestalt.

Nach diesem Rhythmusproblem fragt kein einziger vom tayloristischen Bewegungsparadeal bessener Unternehmer oder Techniker. Kalkulierende Rentabilität verlangt ein physikalisch-mechanistisch-mathematisches Wegezeitminimum ohne irgendwelche

Variationsmöglichkeit. In Millionen Menschen werden so planmäßig seelisch-gefühlsmäßige Werte vernachlässigt und Unlustgefühle gezüchtet. Zu verstehen ist es deshalb, wenn der Arbeiter immer mit einem Ressentiment gegen die tägliche Pflicht geladen ist. Die überstarke Sucht nach Freizeit und deren Umsetzung in sensationelle Flachheit von Kino, Alkohol und Nikotin hat hier ihren guten Anker.

Weil die Maschine das Gestaltungsstreben des Menschen hemmt, muß Arbeitstrieb und Umsatzbedürfnis der Organe verkümmern. Die eigene, besondere Beweglichkeit der Maschine zwingt den Arbeiter zum Gehorsam und unter die Maschine. Aktive Einführung in den Arbeitsvorgang ist unmöglich. Die Maschinenbewegung erlebt er nicht wie die eigene. Vom Arbeitserlebnis sind wir zur Arbeitsknechtschaft gelangt.

Weitere Faktoren vergrößern diese mangelnde Berufsbefriedigung: Krankheit, Unfallfurcht, Nahrungszorgen, sozialmoralische Unterbewertung der Arbeit, Bewußtsein unzureichender Fähigkeit zu erfolgreicher Arbeitsausübung. Sie alle sind größtenteils BusenKinder der Gegenwartsgesellschaftsordnung. Das Berufsverteilungsproblem sei nur noch besonders erörtert, da es auch häufig für die Minderung der Arbeitsdisposition maßgebend ist.

Die Natur hat jeden Einzelnen mit verschiedenen Fähigkeiten und mannigfaltigen Eigenschaften ausgestattet. Die Verwertung dieser Begabungen im Kampf ums Dasein bedingt eine richtige Berufsengliederung.

Formal juristisch ist die Berufswahl frei. Keiner wird durch Staatsgesetze gezwungen, Handlanger, Ingenieur, Damenschneider, Schlosser, Straßentlehrer oder Fabrikdirektor zu werden. Als Sozialisten wissen wir um diese Scheinberufsfreiheit besser Bescheid. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsschicht ist der ungeschriebene Gesetzeszwang für die Berufswahl. Wer als Fabrik- oder Gutsherrsohn geboren wird, kommt in einen „höheren“ Beruf als der besitzlose Arbeitersohn. Vor allem schon deswegen, weil Wirtschaftsbesitz ein Ausbildungsmonopol bedeutet. Die gegenwärtige Klassenstruktur verhindert also aus Besitzgründen schon eine richtige Berufsverteilung. Die psychologischen Prüfungsmethoden, die zudem im Verhältnis zur Wirtschaftsentwicklung kümmerlich ausgebaut sind, werden deshalb vorläufig Stückwerk bleiben.

Alle diese Beeinträchtigungen des Kapitalismus stärken hochgradig die Deformität der kapitalistischen Mechanisierung und tayloristischen Arbeitsregulierung. Der Geist des Amerikanismus kann den Widerspruch zwischen Mensch und Maschine nicht lösen.



Buchbesprechung

„Ejus“ von Lawrence S. Desberry. (Verlag Neue Welt, Jena.) — Dieser Roman gehört in die gleiche Serie wie der von uns bereits besprochene „An den Ufern des Hudson“ vom gleichen Verfasser. Wieder rollen die spannenden, wenn auch nicht immer ganz wahrscheinlichen Ereignisse wie ein amerikanischer Film an uns vorüber, doch sinkt „Ejus“ gegen das erstbesprochene Buch etwas ab. Ein genialer Chemiker hat ein Mittel erfunden, das den Menschen ewige Schönheit und Jugend verleiht. Da die Herstellung des Mittels jedoch die damit Beschäftigten zu Idioten und Krüppeln macht, hält er es geheim. Von einem habgierigen Verwandten wird ihm das Rezept geraubt, auf einer einsamen Insel die Fabrikation organisiert, Arbeiter hingelockt und unglücklich gemacht mitsamt dem edlen Erfinder. Durch die Klugheit eines sozialistischen Journalisten, der mit einigen entschlossenen Arbeitern dem Verbrechen auf die Spur kommt und den Kampf aufnimmt, wird dem mörderischen Treiben ein Ende gemacht. Auch dieses keine theoretische Aufklärungsschrift des Sozialismus — ein Sensationsroman mit anständiger Tendenz.

L. S.